

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 12. November 2007, 19.00 – 22.55 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Caminada Ignaz, CVP

Anwesend:	Antenen Peter, FDP	Matter Brigitta, SD
	Arm Alfred, SP	Moser Hans, SVP
	Balz Christian, FDP	Oester Daniel, jfk
	Berlinger-Staub Annemarie, SP	Pestalozzi Hansueli, Grüne
	Bichsel Bernhard, jfk	Remund Jan, Grüne
	Bühler Evelyn, FDP	Roth Christian, SP
	Burren Christian, parteilos	Rüegsegger Elisabeth, SVP
	Engi Heinz, FDP	Salvisberg Ueli, SVP
	Fischli Liz, Grüne	Salzmann Christoph, SP
	Graber Martin, SP	Sidler Omoregbee Rita, SP
	Gysel Hermann, EVP	Stähli Markus, parteilos
	Henggi Harald, FDP	Staub Hugo, SP
	Herren Thomas, FDP	Staub-Muheim Stephanie, SP
	Hofer Niklaus, SVP	Streiff Marco, EVP
	Köhler Hanspeter, FDP	Stucki Mark, FDP
	Krebs Daniel, SVP	Troxler Elsbeth, SP
	Lehmann Stefan, SVP	Wyss Ursula, Grüne
	Mäder Anna, SP	Zwahlen Rolf, EVP
	Maibach Urs, Grüne	

Entschuldigt:	Egli-Steiner Claudia, SP	Lagger Valentin, CVP
---------------	--------------------------	----------------------

Gemeinderat:	Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident	Sedlmayer Katrin, SP
	Wilk Urs, FDP, Vizepräsident	Streiff Marianne, EVP
	Ackermann Judith, FDP	Studer Ueli, SVP
	Haudenschild Rita, Grüne	

Parlamentssekretär: Heinzer Markus

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Protokoll	222
2. Kommissionersatzwahlen	--
3. Finanzstrategie 2008 - 2011 Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen	223
4. IAFP 2008 Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen	230
5. Voranschlag 2008 Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen	234
6. Konzept "Altern in der Gemeinde Köniz" Kenntnisnahme; Direktion Bildung und Soziales	244
7. 0307 Motion GB betr. Gentechfreie Landwirtschaft in der Gemeinde Köniz Abschreibung; Direktion Umwelt und Landschaft.....	248
8. Verschiedenes	250

Begrüssung

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Ich begrüsse alle Anwesenden zur heutigen Sitzung. Im Speziellen begrüsse ich Kaj Rennenkampff, der am 1. November 2007 seine Arbeit als Stellvertreter der Gemeindeschreiberin Beatrice Zbinden angetreten hat. Er übernimmt ebenfalls die Stellvertretung des Parlamentssekretärs, Markus Heinzer. Ich wünsche Kaj Rennenkampff einen guten Start und viel Gefreutes bei der Gemeindeverwaltung Köniz.

Ich gratuliere den Verantwortlichen der Gemeindeverwaltung ganz herzlich, die dazu beigetragen haben, dass der Medienpreis "Eugen" 2007 an die Gemeinde Köniz vergeben wurde. "Eugen" wird für die Erstellung der besten Homepage von Städten vergeben und ist eine besondere Auszeichnung.

Rita Sidler wird heute etwas später eintreffen.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 37 Parlamentsmitgliedern. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Am 26. Oktober 2007 wurden Vertreter der Parlamente von Köniz, Münchenbuchsee, Münsingen, Muri, Ostermundigen, Worb und Zollikofen von der Agglomerationskommission des Berner Stadtrates zu einer Tagung zum Thema Agglomerationspolitik 2007 eingeladen. Köniz war mit 5 Parlamentsmitgliedern vertreten: Evelyn Bühler, Niklaus Hofer, Urs Maibach, Christoph Salzmann und ich selber. Nebst diversen Präsentationen haben wir am Nachmittag in Workshops mitgearbeitet, wie z. B. zur Frage, wie und wo wir Mitwirkungsmöglichkeiten der kommunalen Parlamente im Rahmen von SARZ (Strategie für Agglomeration und Regionale Zusammenarbeit) sehen. Dabei konzentrierten wir uns in der Diskussion auf das Thema Behördenreferendum respektive –initiative. SARZ wurde an der Abstimmung vom 17. Juni 2007 mit 70 Prozent Ja-Stimmen deutlich angenommen. Mit SARZ wurde das Behördenreferendum in Art. 150 des Gemeindegesetzes revidiert. Abs. 1: "Zwei Prozent der Stimmberechtigten oder zehn Prozent der Gemeinden im betreffenden Gebiet können innert 90 Tagen seit der Bekanntmachung eine regionale Abstimmung verlangen zu einem Beschluss der Regionalversammlung über a) die in der besonderen Gesetzgebung bezeichneten Gegenstände, b) die Änderung und die Aufhebung der Reglemente zur Erfüllung von weiteren Aufgaben der Regionalkonferenz und c) den Erlass und die Änderung des Geschäftsreglements." In Abs. 2 ist festgehalten: "Soweit die Gemeinden die Zuständigkeit für Behördenreferenden nicht anders regeln, ist der Gemeinderat zuständig." Die fünf Teilnehmenden des Parlaments von Köniz orientierten letzte Woche ihre Fraktionen über diese Diskussionen. Wir schlagen nun vor, dass die FraktionspräsidentInnen anlässlich einer Sitzung mögliche weitere Schritte diskutieren und das Parlament zu gegebener Zeit darüber informieren. Dieses Vorgehen wird entsprechende parlamentarische Vorstösse in Zusammenarbeit ermöglichen. Die Unterlagen zur zweiten Konferenz der Gemeindepräsidenten liegen auf Ihren Pulten.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden Ihnen mit dem ordentlichen Versand vom 18. Oktober 2007 zugesandt und das Protokoll der Sitzung vom 22. Oktober 2007 in der letzten Woche.

Traktandum 2, Kommissionsersatzwahlen entfällt, da keine Wahlen vorzunehmen sind. Die Traktandenliste wird genehmigt.

1. Protokoll

Das Protokoll der Sitzung vom 22. Oktober 2007 wird genehmigt.

Rita Sidler Omoregbee trifft um 19.45 Uhr ein, während der Beratung der Finanzstrategie 2008 – 2011.

3. Finanzstrategie 2008 - 2011

Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

Harald Henggi (FDP; GPK-Präsident): Zu Beginn einige grundsätzliche Worte: Mit der heutigen Budgetdebatte beginnt ein neues Zeitalter. Nebst der aktualisierten Finanzstrategie liegt uns erstmals der IAFP (Integrierter Aufgaben- und Finanzplan) zur Kenntnisnahme vor. Anlässlich der GPK-Sitzung vom letzten Montag wurden die Unterlagen zur aktualisierten Finanzstrategie, zum IAFP und zum Voranschlag 2008 (HRM-Budget) im Gesamtzusammenhang beraten. Ich möchte im Namen der GPK-Mitglieder dem Gemeinderat und der Verwaltung Dank aussprechen für die gute und saubere Aufbereitung der Unterlagen, insbesondere des IAFP. Zur Beurteilung des Zahlenmaterials muss die aktuelle Hochrechnung der Rechnung 2007 in Betracht gezogen werden. Wir können den Unterlagen entnehmen, dass der Bilanzfehlbetrag bereits Ende 2007 abgebaut sein wird. Im Anschluss wird uns Gemeindepräsident Luc Mentha detailliert über die Hochrechnung informieren, insbesondere über die Gründe, die zu diesem positiven Resultat führen. Der Ertragsüberschuss wird nach Abschreibung des Bilanzfehlbetrags 5,45 Millionen Franken betragen.

Grundsätzlich legt der Gemeinderat dem Parlament alle vier Jahre eine Finanzstrategie vor. Die Finanzstrategie 2006 bis 2010 – mit dem Hauptziel Abbau des Bilanzfehlbetrages bis 2009 – wurde anlässlich der Parlamentssitzung vom 12. Dezember 2005 zur Kenntnis genommen. Der Gemeinderat hat aufgrund dieser Tatsache beschlossen, dem Parlament eine aktualisierte Finanzstrategie 2008 bis 2011 vorzulegen. Nach Ansicht des Gemeinderates soll der sich abzeichnende Handlungsspielraum für die Attraktivitätssteigerung der Gemeinde Köniz genützt werden, und eine Unterordnung nur unter das Ziel Steuersenkung ist nicht vorgesehen. Hauptdiskussionspunkte waren in der GPK die neuen Ziele, die in Abweichung zur letzten Finanzstrategie stehen. Das vom Parlament verlangte Ziel einer ausgeglichenen Rechnung ohne Berücksichtigung von ausserordentlichen Aufwänden und Erträgen ist sicher unbestritten. Die Bildung von Eigenkapital in der Höhe von drei Steuerzehnteln, um mittelfristig Schulden abzubauen, und die Senkung der Steueranlage von 0,5 bis 0,9 Einheiten per 2010, falls zwei Steuerzehntel Eigenkapital abgesichert sind, werden in der wünschbaren Höhe unterschiedlich beurteilt. Der Kanton empfiehlt eine Eigenkapitalbildung in der Höhe von 2 bis 3 Steuerzehnteln. Im Vergleich zur alten Finanzstrategie werfen die Spezialfinanzierungen Fragen auf, insbesondere die Abfall- und Abwasserentsorgung. Gebührenerhöhungen sind bis Ende 2010 nicht im Blickwinkel. Die nicht mehr vorhandene Kostendeckung führt jedoch zum Verzehr des vorhandenen Eigenkapitals. Für den Werterhalt der Anlagen muss ein Teil der Rückstellungen bereitgestellt werden und diese Mittel dürfen nicht zur Deckung von Fehlbeiträgen herangezogen werden.

Auf die Investitionen werde ich bei der Diskussion des IAFP zurückkommen. Zum Teuerungsausgleich, insbesondere zur Aufholung des Teuerungsrückstandes, werde ich bei der Behandlung des Voranschlags 2008 sprechen. Im Weiteren darf ich festhalten, dass sich die KSF mit den für sie relevanten Themen aus dem Sozialbereich beschäftigt und positive Empfehlungen zuhanden der GPK abgegeben hat.

Ich fasse einige weitere Diskussionspunkte zusammen: Diskussionen wurden über die Senkung der PK-Beiträge während nur eines Jahres – anstatt wie vorgesehen zwei – geführt. Aus der Sicht einer stetigen Führung der Pensionskasse kann diese Massnahme definitiv als reine Budgetmassnahme im letzten Jahr bezeichnet werden. Die GPK erkundigte sich im Bereich Steuern nach der Entwicklung bei den Juristischen Personen. Dazu bitte ich Gemeindepräsident Luc Mentha um einige Worte und seine Einschätzung. Die GPK empfiehlt dem Parlament mit folgendem Stimmenverhältnis, von der aktualisierten Finanzstrategie 2008-2011 Kenntnis zu nehmen: 3 zustimmend, 3 teilweise zustimmend, 1 ablehnend.

Gemeindepräsident Luc Mentha: Zuerst danke ich Harald Henggi für seine Berichterstattung aus der GPK-Sitzung. Ich versuche kurz, die Finanzstrategie 2008 bis 2011 mündlich zu positionieren, damit Sie verstehen, weshalb sie vom Gemeinderat in diesem Rahmen aktualisiert wurde. Dem Gemeinderat ist bewusst, das Geld nicht auf Bäumen wächst und Handlungsspielraum nur in einer finanziell gesunden Gemeinde vorhanden sein kann. Als festgestellt wurde, dass die Umsetzung der alten Finanzstrategie viel schneller erfolgt als vorgesehen, wurde die Festlegung neuer Ziele an die Hand genommen. Der Gemeinderat legte die Ziele auch deshalb neu fest, weil es keinen Sinn macht, mit der Festlegung einer neuen Strategie

bis zum Ablauf der zwei noch verbleibenden Jahre zu warten. Wenn Ziele erreicht sind, müssen möglichst schnell neue festgelegt werden.

Die von uns neu festgelegten sechs Ziele werden nicht einfach und spielend zu erreichen und Anstrengungen dafür notwendig sein. Auf uns wartet ein grosses Stück Arbeit. Der Finanzplan zeigt dies auf. Die sechs neuen Zielsetzungen stehen unter drei Vorbehalten: Dass in den nächsten Jahren keine grösseren Kostenüberwälzungen von Bund und Kanton vorgenommen werden; dass die Rahmenbedingungen für die Gemeinde Köniz nicht auf andere Art negativ verändert werden, und dass sich die Steuererträge positiv entwickeln. Auf diese Risiken möchte ich hier ausdrücklich hinweisen. Die Schätzung der Steuereinnahmen ist besonders schwierig. Bis zum Jahresende ist jeweils nicht bekannt, wie die Steuereinnahmen des laufenden Jahres ausfallen werden. Das wird sich auch in der Hochrechnung niederschlagen, die ich anlässlich der Budgetberatung präsentieren werde. Die definitiven Angaben von Steuereinnahmen juristischer Personen stehen oft erst im Folgejahr zur Verfügung und wenn bei einzelnen Unternehmen Umstrukturierungen angekündigt werden, ist der Erhalt von definitiven Zahlen noch schwieriger. In den vergangenen Jahren hatten wir das grosse Glück, dass sich die angenommenen Einnahmen für uns jeweils positiv veränderten. Das kann sich jedoch schnell ändern. Ich erwähne als zweiten Vorbehalt den Transferhaushalt. Wir werden nicht jedes Jahr Erhöhungen und Kostensteigerungen von 5 bis 10 Prozent pro Jahr in diesem Bereich wegstecken können. Mir ist wichtig, dass Ihnen bewusst ist, dass diese neue Zielsetzung entsprechende Risiken enthält.

Ich erläutere kurz einzelne der sechs Ziele: Beim Finanzhaushalt, der bis 2011 ohne Berücksichtigung von Sonderfaktoren ausgeglichen gestaltet werden soll, gilt es zu beachten, dass nach Auffassung des Gemeinderates zukünftige Landgeschäfte, wie z. B. das Areal alte Migros oder Hertenbrünnen, kein Verscherbeln von Tafelsilber ist und deshalb nicht als krude, ausserordentliche Erträge bezeichnet werden können. Nach der Auffassung des Gemeinderates werden damit langfristige Baurechtsverträge abgeschlossen, die einen nachhaltigen Mittelfluss generieren und sicherstellen. Zur Zielsetzung "Bildung von Eigenkapital in der Höhe von 2 bis 3 Steuerzehnteln": Der Gemeinderat ist überzeugt, dass dies notwendig ist. Dafür sprechen vier Gründe: Erstens empfiehlt der Kanton eine Eigenkapitalbildung von 2 bis 3 Steuerzehnteln. Zweitens zwingt uns der wachsende Anteil von Steuereinnahmen aus Unternehmensgewinnen (auf 8 bis 10 Prozent) Sorge zu tragen und zu beachten, dass Unternehmensgewinne zu grösseren Schwankungen bei den Steuereinnahmen führen können. Die Volatilität ist gross, insbesondere bei grösseren Unternehmungen. Wenn wir drittens Schulden abbauen wollen, müssen wir Eigenkapital bilden. Wenn viertens eine Manövriermasse in der Grössenordnung von drei Steuerzehnteln – 18 Millionen Franken – vorhanden ist, erlaubt uns das bei einer Verschlechterung der Finanzlage, entsprechende Gegenmassnahmen zu treffen und die dafür notwendigen politischen Entscheide zu erwirken. Andere Gemeinden verfügen über bedeutend mehr Eigenkapital; ich erwähne z. B. Biel mit einem Eigenkapital von 100 Millionen Franken.

Nun zur erwähnten Steuersenkung per 2010, wenn zwei Steuerzehntel abgesichert sind: Ich stelle ein Zitat des früheren SPD-Bundesfinanzministers Hans Eichel voran: "Es macht die Menschen fröhlich, wenn sie weniger Steuern zahlen müssen." Die Steuersenkung wurde zum Ziel erklärt und der Gemeinderat stellt damit klar, dass er die Steuern senken will, sobald dies zu verantworten ist. Damit wird genau das umgesetzt, was der Gemeinderat – damals in anderer Zusammensetzung – gegenüber der Bevölkerung bei der Steuererhöhung 2003 versprochen hat. Die Steuersenkung wird kommen, wenn auch nicht subito. Wir sehen heute nicht genügend Handlungsspielraum für die Steuersenkung zu einem früheren Zeitpunkt, insbesondere nicht per 2008. Wir würden damit sofort wieder ein Rechnungsdefizit generieren und von unserem Eigenkapital zehren, mit dessen Bildung wir 2007 beginnen können. Ein Rückfall in rote Zahlen wäre ein schlechtes Signal und man würde uns zu Recht Leichtsinns vorwerfen können.

Zum Thema "Aufholung des Teuerungsrückstandes": Der Gemeinderat beabsichtigt, diesen Teuerungsrückstand in drei Schritten aufzuholen. Das Personal ist unsere wichtigste Ressource. Weil das Personal aber von Lippenbekenntnissen nichts hat, sagen wir das nicht nur, sondern wir wollen auch nach diesem Grundsatz handeln. Das Personal hat mit dem vom Gemeinderat verordneten Verzicht auf den Teuerungsausgleich in den Vorjahren wesentlich zur Gesundung des Finanzhaushaltes beigetragen. Damit konnten Millionenbeträge gespart

werden. Wir müssen Acht geben, dass wir unsere Stellung als gute Arbeitgeberin halten können. Wir bewegen uns in einem Arbeitsmarkt, dem wir uns stellen müssen wie andere auch. Das Eidgenössische Finanzdepartement unter der Leitung von Bundesrat Hans Merz (FDP), gab bekannt, dass die aufgelaufene Teuerung von 4 Prozent Mitte 2008 in einem Schritt ausgeglichen werden soll. Für 2009 ist beim Bund eine Realloohnerhöhung von 1 Prozent geplant und gleichzeitig sind weitere spezifische Massnahmen vorgesehen, speziell im Kaderbereich. Die beim Bund angestellten Parlamentsmitglieder können diese Aussagen sicher bestätigen. Der Kanton sieht ebenfalls Handlungsbedarf und sieht vor, mehr als nur die laufende Teuerung auszugleichen.

Die neue Finanzstrategie enthält sechs Ziele, die teilweise in Konflikt zueinander stehen. Der Gemeinderat erklärte deutlich, nicht einen Schritt nach dem andern zu machen, sondern die sechs Ziele nebeneinander zu realisieren. Wir erachten es als falsch, ein Ziel herauszubrechen und diesem die alleinige Priorität zu geben. Finanzpolitik ist nicht mit Steuersenkungspolitik gleichzusetzen und der Gemeinderat sieht kein der Primat Steuersenkung. Die Attraktivität der Gemeinde muss ganzheitlich weiterentwickelt und verbessert werden und Steuersenkung ist ein Teil davon. Investitionen, in die Zukunft gerichtete Projekte und neue Aufgaben gemäss unserem Legislaturprogramm, sind aber ebenso wichtig. Der Gemeinderat bekennt sich in diesem Sinn klar dazu und will das Legislaturprogramm nicht einer vorschnellen Steuersenkung unterordnen. Soweit eine erste Stellungnahme des Gemeinderates.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Christoph Salzmann (SP): Die Mitglieder der SP-Fraktion stehen hinter der Finanzstrategie des Gemeinderates und werden sie zustimmend zur Kenntnis nehmen. Die sechs Ziele der Finanzstrategie sind ausgewogen und differenziert. Wer den Staat auf den Nachtwächterstaat des 19. Jahrhunderts zurücksparen will, wird seine Politik einseitig auf Steuersenkungen fokussieren. Wir nicht. Wer den Staat verabsolutiert, wird dem Ziel einer Steuersenkung nie zustimmen können. Für uns steht der Staat nicht über dem Menschen. Wir von der SP verstehen ihn als eine Vereinbarung von mündigen Bürgerinnen und Bürgern, die zum Wohle aller jene Aufgaben gemeinsam lösen wollen, die gemeinsam gelöst werden müssen. Das verlangt ein ständiges demokratisches Ausmarchen, welche Aufgaben mit welchen finanziellen Mitteln den Gemeinden zugeordnet werden sollen. Deshalb sind wir für eine gesamtheitliche Finanzstrategie, ganz so, wie sie vom Gemeinderat verfolgt wird. Wir stehen, wie gesagt, hinter diesen sechs Zielen. Einige Worte dazu: Eigenkapital muss gebildet und Schulden müssen abgebaut werden, damit finanzpolitischer Spielraum entsteht. Es braucht eine Vorsorge für schlechtere Zeiten, denn die Konjunktur wird irgendeinmal einbrechen, das lehrt uns die Volkswirtschaft. Wir können nicht Jahr für Jahr den Steuersatz ändern, um den Finanzhaushalt ausgeglichen zu gestalten. Verlässlichkeit ist wichtig für die Attraktivität von Köniz als Steuerstandort. Ebenso ist eine intakte Infrastruktur unerlässlich. Alle wissen wir, dass sich schlechte Instandhaltung von Hauseigentum früher oder später rächen wird. Wir stehen hinter dem Entscheid des Gemeinderates, dass der Teuerungsrückstand bei den Besoldungen in Etappen ausgeglichen werden soll. Im Personalreglement ist festgehalten, dass die Gemeinde die Teuerung auszugleichen hat. Sie kann bei schwieriger Finanzlage auf den Ausgleich der Teuerung verzichten, soll den Rückstand aber bei guter Finanzlage nachholen. Es ist nichts als fair, wenn wir den Rückstand nun aufholen. Wir wollen ein verlässlicher Partner sein, damit wir bei einem nächsten Mal, wenn wieder Verzicht verlangt werden muss, dem Personal in die Augen schauen können. Unsere Gemeinde benötigt zudem vermehrt qualifizierte Fachleute. Sie muss auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig sein. Auch für den Arbeitsmarkt wird Verlässlichkeit verlangt.

Wenn die Ziele in einem ausgewogenen Verhältnis erreicht werden können, sind auch wir für eine massvolle Steuersenkung. Der Gemeinderat sieht den Zeitpunkt per 2010. Wir von der SP hoffen, dass dieser Zeitpunkt eingehalten werden kann. Voraussetzung ist aber, dass die Senkung durch mindestens zwei Zehntel Eigenkapital abgesichert ist. Der Gemeinderat hat unseres Erachtens die Entwicklung der Rahmenbedingungen sorgfältig analysiert. Prognosen sind jedoch immer mit Unsicherheiten behaftet und deshalb werden wir Jahr für Jahr diskutieren müssen, ob wir mit unseren Zielerfüllungen auf Kurs sind. Budgetieren wird für den Gemeinderat weiterhin eine grosse Herausforderung sein.

Hanspeter Kohler (FDP): Die Tatsache, dass man in der Politik nicht immer gleicher Meinung

sein kann, ist gut, denn das eben gehaltene Votum von SP-Fraktionssprecher Christoph Salzmann beinhaltet in meinen Augen Angst, Vorsicht und Schwarzmalerei. Die FDP-Fraktionsmitglieder können von der aktualisierten Finanzstrategie 2008 – 2001 nur teilweise zustimmend Kenntnis nehmen. Dies aus folgenden Gründen: Einige der erwähnten Ziele wurden unserer Meinung nach richtig gewählt. Andere sind für uns jedoch nicht nachvollziehbar, wie z. B. die erwartete Steuersenkung frühestens im Jahr 2010, d. h. kurz nach den Wahlen des Gemeindeparlaments. Die Mitglieder der FDP-Fraktion sind erfreut darüber, das Thema Steuersenkung zumindest im Text anzutreffen. Es ist erfreulich, dass der Abbau des Bilanzfehlbetrages bereits Ende 2007 erreicht und Eigenkapital in Millionenhöhe gebildet werden kann. Aus der Sicht der FDP-Fraktion kam dies jedoch nicht ganz unerwartet. Eigenkapital weckt Begehrlichkeiten. Geld ausgeben ist einfach, dieses hingegen wieder zu generieren, um so schwieriger. Diesen Umstand kennen wir alle aus unserem privaten Alltag. Eigenkapital darf jedoch nicht nur Begehrlichkeiten wecken. Wir dürfen in dieser Diskussion die Steuerzahlenden nicht vergessen. Jedes Jahr hören wir anlässlich der Budgetdiskussionen, wie ungewiss die Zukunft doch sei und was weiter geschehen werde, sei schwer vorhersehbar, sowie, dass Sanierungsarbeiten notwendig seien. Wie gut muss es der Gemeinde Köniz denn gehen, damit eine Steuersenkung effektiv durchgeführt und nicht nur darüber gesprochen wird? Wie bereits einmal an diesem Mikrofon geäußert: Alle sprechen darüber, nur die FDP will die Steuern raschmöglichst senken. In einem Jahr werden wir wiederum über die erfreuliche finanzielle Lage der Gemeinde diskutieren können und wieder auf die anstehenden Sanierungsarbeiten aufmerksam gemacht, über die ungewisse Zukunft sensibilisiert und die Steuersenkung wird dann erst 2010, 2011 oder sogar erst 2012 vielleicht durchgesetzt werden. Ich bezweifle deshalb – zumindest partiell – den Willen des Gemeinderates, die Steuersenkung im Jahr 2010 effektiv durchzuführen. Gemeindepräsident Luc Mentha sprach in diesem Zusammenhang von einer Steuersenkung, "etwa 2010". Für die Mitglieder der FDP-Fraktion ist klar, dass eine Steuersenkung rasch durchgeführt werden muss. Damit aber keine Haurückübung entsteht – die von uns verlangte Budgetvariante um 0,9 Zehntel im Budget 2008 liegt nun vor – fordern wir zumindest eine Steuersenkung für das Jahr 2009. Wir werden uns dafür einsetzen.

Einige Bemerkungen zu den finanzpolitischen Zielen auf Seite 3 der Beilage: Hier setzt sich der Gemeinderat das Ziel, "durch Bildung von Eigenkapital von drei Steuerzehnteln mittelfristig die Schulden zu senken". Dies entgegen der vorhergehenden Finanzstrategie, wo 2 Steuerzehntel aufgeführt waren. Gemeindepräsident Luc Mentha hat vier Gründe dafür aufgezählt, die für die Bildung von Eigenkapital in der Höhe von drei Steuerzehnteln sprechen. Ich möchte jedoch darauf hinweisen, dass die Steueranlage um mindestens 0,9 Einheiten zu senken ist und dies nicht erst 2010, sondern 2009. Die FDP/jfk-Fraktion erachtet ausserdem einen Ausgleich des Teuerungsrückstandes bis 2010 als nicht zwingend.

Zusammenfassend steht einer Steuersenkung bereits im Jahr 2009 nichts im Wege. Die FDP spricht nicht nur darüber, sondern möchte diese rasch umsetzen und nicht auf die lange Bank schieben.

Urs Maibach (Grüne): Das wesentlichste Ziel der Finanzstrategie 2006 – 2010 wurde bereits erreicht und deshalb ist es richtig, dass der Gemeinderat eine neue erarbeitet hat. Ganz wichtig ist aber, dass wir nun – da gute Rechnungsergebnisse erzielt werden können – nicht übermütig werden und die neue Finanzstrategie, die auf guten Wegen ist, nicht wieder verlassen, indem beispielsweise Steuersenkungen gefordert werden. Kurzfristig sparen – zu dem wir in den letzten Jahren gezwungen waren – kostet langfristig. Langfristiges Sparen ist kurzfristig mit Ausgaben verbunden. In den letzten Jahren wurde viel gespart, indem Projekte und Vorhaben hinausgeschoben, abgespeckt oder gar nicht ausgeführt wurden. Deren Ausführung zu einem späteren Zeitpunkt kann unter Umständen um einiges teurer sein, was auch bereits vorgekommen ist. Wollen wir langfristig sparen, ist das mit kurz- und mittelfristigem Mehraufwand verbunden, z. B. bei Sanierungen, beim ökologischen Bauen, bei der Schulsozialarbeit, bei allgemein nachhaltigen Investitionen und auch bei verschobenen Vorhaben wie der Sanierung von Schulanlagen oder Strassen. So werden wir in Zukunft davon profitieren und dementsprechend sparen. In diesem Sinn begrüßen wir von der Fraktion der Grünen die neuen finanzpolitischen Ziele des Gemeinderates. Wir finden es richtig, dem Personal den vollen Teuerungsausgleich zu gewähren. Der ordentliche Ausgleich des laufenden Jahres ist unbestritten, aber auch der bisher aufgelaufene Teuerungsrückstand muss dem Personal in

irgendeiner Form entrichtet werden. Ganz wichtig sind das Bekenntnis des Gemeinderates zu einer langfristigen und moderaten Entwicklung in der Gemeinde und vor allem auch der Wille zur Bildung von Eigenkapital in der Höhe von 3 Steuerzehnteln. Ein solches Eigenkapitalpolster wird in den nächsten Jahren sehr wichtig und nötig sein. Wir dürfen auf keinen Fall vergessen, dass in finanzieller Hinsicht in den nächsten Jahren noch einige Hürden zu nehmen sind. Ich denke an die Unternehmenssteuerreform, an die kantonale Steuergesetzesrevision oder an die Anpassung der Abgeltungen gemäss dem FILAG bis ins Jahr 2012.

Im Finanzbericht ist auf Seite 4 festgehalten, dass der Ertrag wieder über dem Aufwand liegt. Wenn im Ertrag nur die ordentlichen Erträge erfasst sind, trifft diese Aussage jedoch nur auf die Jahre 2007 und 2008 zu. In den Jahren 2009 und 2010 wird der Rechnungsabschluss wieder nur infolge ausserordentlicher Erträge positiv ausfallen. Damit würde der Gemeinderat bereits sein erstes finanzpolitisches Ziel der neuen Finanzstrategie nicht mehr erreichen.

Fazit: Unter Berücksichtigung all dieser Aspekte kann festgestellt werden, dass wir froh um die verbesserte Finanzlage der Gemeinde Köniz sind. Wir schätzen, dass wieder etwas mehr Handlungsspielraum vorhanden ist. Wir finden den vom Gemeinderat vorgeschlagenen Weg eines moderaten Wachstums gut. Die Finanzlage hat sich jedoch auf keinen Fall schon in dem Masse stabilisiert, dass kurzfristig auf Gemeindeebene an eine Steuerreduktion zu denken wäre. Die Fraktion der Grünen wird von der Finanzstrategie 2008 – 2011 zustimmend Kenntnis nehmen.

Christian Burren (parteilos): Die Mitglieder der SVP-Fraktion danken dem Gemeinderat für die Erarbeitung einer aktualisierten Finanzstrategie. Tritt eine neue Situation ein, ist eine Aktualisierung richtig. Selbstverständlich freut uns, dass unser Anliegen einer Steuersenkung ab 2010 bereits Gehör fand. Wir waren immer schon der Meinung, dass eine Steuersenkung erst dann realisiert werden kann, wenn der Nachholbedarf bei der Werterhaltung von Strassen und Bauten aufgearbeitet ist. Das ist wichtig, damit der Wert unserer Infrastruktur erhalten bleibt. Wir hoffen, dass der zusätzliche Handlungsspielraum nicht für neue Ausgaben genutzt wird. Wäre dem so, müsste die Steuersenkung bereits auf 2009 umgesetzt werden. Die Gewährung des Teuerungsausgleichs für das Gemeindepersonal ist unbestritten. Der schrittweise Ausgleich des Teuerungsrückstandes soll dem Personal gewährt werden. Das Personal hat in schwierigen Zeiten mit dem Verzicht auf den Ausgleich der vollen Teuerung grosse Einsparungen ermöglicht. Der Teuerungsausgleich soll jedoch nicht mehr nach dem unsozialen Giesskannenprinzip erfolgen, wie das im Lohnreglement festgehalten ist. Das Lohnreglement soll in unseren Augen dahingehend überarbeitet werden, dass der Teuerungsausgleich in Zukunft sozial und leistungsgerecht erfolgen kann. Die SVP-Fraktion nimmt teilweise zustimmend Kenntnis von der Finanzstrategie 2008 – 2011.

Rolf Zwahlen (EVP): Die Mitglieder CVP/EVP-Fraktion danken dem Gemeinderat für die Überarbeitung der Finanzstrategie. Auch wir sind sehr erfreut über die positive Entwicklung. Die hier vorliegende Strategie und die Ziele unterstützen wir zum grössten Teil. Die Prioritätensetzung kann in unseren Augen jedoch noch zu einigen Diskussionen führen. Uns ist aufgefallen, dass Gemeindelobbying immer wieder in erster Priorität erscheint, was uns nicht ganz angebracht erscheint. Lobbying für eine gerechte Verteilung von Mitteln von Bund und Kanton ist sicher richtig und nötig, darf aber nicht zum Kernpunkt einer Finanzstrategie werden. In einem weiteren Punkt wird das Sanierungspaket 2007/2008 als "nur leicht reduziert" bezeichnet. Eine Reduktion von 25 Prozent ist in unseren Augen jedoch ziemlich erheblich. In das Sanierungspaket 2007/2008 wurden "Einsparungen" von 500'000 Franken in Form eines reduzierten Pensionskassenbeitrages hineingepackt, die aber infolge der schlechten Situation an der Börse im Jahr 2008 nicht mehr möglich sein wird. Inhaltlich erklärt sich die CVP/EVP-Fraktion sehr zufrieden mit der Finanzstrategie 2008 – 2011. Unsere Strategie geht in dieselbe Richtung. Einziger Diskussionspunkt ist der Ausgleich des Teuerungsrückstandes beim Personal. Der Teuerungsausgleich soll entrichtet werden. Wir anerkennen, dass das Gemeindepersonal mit dem Verzicht auf die Ausrichtung des vollen Teuerungsausgleichs in schwierigen Zeiten mitgeholfen hat, zu sparen. Wir möchten jedoch keine generelle Zusicherung geben, dass der volle Ausgleich des Teuerungsrückstandes, ohne Berücksichtigung der jeweiligen Rechnungsergebnisse möglich sein wird.

Nach der Festlegung von Strategie und Zielen erfolgt jeweils eine grobe Planung, woraus ersichtlich sein sollte, ob die Ziele erreicht werden konnten. In der Übereinstimmung von Zie-

len und Taten ist in unseren Augen eine gewisse Diskrepanz vorhanden. Wie erwähnt, ist bereits 2009 und 2010 ein ausgeglichenes Budget ohne ausserordentliche Erträge – dies je nach Definition, wie Neubewertungen eingereicht werden – gemäss der heutigen Planung nicht mehr möglich. Das Ziel eines ausgeglichenen Budgets ohne ausserordentliche Erträge kann aus heutiger Sicht nicht erreicht werden. Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt einen Rückschritt und dies über längere Zeit. Auch der Selbstfinanzierungsanteil schiesst weit neben der Zielformulierung vorbei. Wenn Ziele bereits in der groben Planung nicht erreicht werden, besteht Handlungsbedarf, wie Gemeindepräsident Luc Mentha bereits erwähnte. Dazu sind Massnahmen notwendig, die sich korrigierend auf die Planung auswirken. Aufgrund der Diskrepanz zwischen Planung und Wirklichkeit kann die CVP/EVP-Fraktion nur teilweise zustimmend Kenntnis von der Finanzstrategie 2008 – 2011 nehmen.

Bernhard Bichsel (jfk): Rolf Zwahlen, dein Votum sprach uns jfk-Mitgliedern aus dem Herzen. Wir beraten heute über die Finanzstrategie, den IAFP und den Voranschlag 2008. Für eine gute und klare Führung ist eine Finanzstrategie unabdingbar, weil damit Ziele festgelegt werden. Aus diesem Grund haben wir Jungfreisinnigen uns intensiv mit diesen sechs Zielen befasst. Das erste Ziel, ein ausgeglichener Finanzhaushalt ohne Berücksichtigung von Sonderfaktoren, ist absolut in unserem Sinn. Aber neben ausserordentlichen Erträgen sind Sonderabschreibungssätze auch Sonderfaktoren, was der Gemeinderat – obwohl im IAFP als Ziel formuliert – nicht berücksichtigt. Das zweite Ziel sind die Bildung von 3 Steuerzehnteln Eigenkapital und eine mittelfristige Schuldenreduktion. Auf Anfrage hin erläuterte der Gemeinderat, unter mittelfristig verstehe er 4 bis 8 Jahre. Die vorliegende Finanzstrategie ist jedoch nur auf 3 Jahre ausgelegt. Zudem würde dies bedeuten, dass der Schuldenabbau frühestens im Jahr 2012 starten könnte, was uns Jungfreisinnigen eindeutig zu spät ist. Das dritte Ziel ist die Steuersenkung im Jahre 2010 in der Grössenordnung von 0,5 bis 0,9 Einheiten. Da vor rund 4 Jahren die Steuern um 0,9 Einheiten erhöht wurden, ist es falsch von Steuersenkung zu sprechen, sondern man müsste die vorgesehene Massnahme eher als so genannte Steuerwiederherstellung bezeichnen. Aus diesem Standpunkt heraus ist uns nicht erklärbar, wie sich der Gemeinderat weg von einem Ziel hin zu einer Zielbandbreite bewegt. Das vierte Ziel besteht darin, einen Selbstfinanzierungsanteil von 10 Prozent und einen Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent zu erreichen: Lassen wir die politische Bewertung beiseite und betrachten die Kennzahlen im IAFP, stellen wir fest, dass die Strategie nicht nur mit der Planung nicht übereinstimmt, sondern sogar gegenteilig ist. Das ist sehr bedauerlich. Auch beim fünften Ziel, die Spezialfinanzierungen kostendeckend und ohne Bilanzfehlbeträge zu führen, ist festzustellen, dass nicht alle kostendeckend sind. Die Finanzstrategie stimmt nicht mit der Planung überein.

Zum Ausgleich des Teuerungsrückstandes möchten wir einige Punkte festhalten: Punkt 1: Der Gemeinderat ist nicht dazu verpflichtet, einen Teuerungsrückstand aufzuholen. Punkt 2: Da bereits ab Mitte der Neunzigerjahre begonnen wurde, die Teuerung nicht mehr jedes Jahr voll auszugleichen, kann nun nicht mehr von einem Ausgleich des Teuerungsrückstandes gesprochen werden, sondern es handelt sich viel eher um eine Lohnerhöhung. Wir Jungfreisinnigen betonen klar, dass wir uns gegen unsoziale, im Giesskannenprinzip ausgeschüttete Lohnerhöhungen wehren werden. Die unteren Gehaltsklassen und hier sind insbesondere die jüngeren Arbeitnehmenden betroffen, profitieren mit Abstand am wenigsten davon. Zudem trägt die Giesskanne der individuellen Leistung überhaupt nicht Rechnung und dieser Punkt ist uns sehr wichtig.

Welche Schlüsse ziehen wir, wenn Strategie und Planung nicht übereinstimmen? Grundsätzlich bestehen zwei Möglichkeiten: Entweder erfolgt die Anpassung der Strategie oder der Planung. Dieser Entscheid liegt schlussendlich beim Gemeinderat, weil wir Parlamentsmitglieder von diesem Bericht lediglich Kenntnis nehmen können. Wir Jungfreisinnigen empfehlen dem Gemeinderat jedoch dringend: Zurück auf Feld 1, sich über die Ziele klar werden und die Planung entsprechend ausarbeiten. Wie wir eingehend erläutert haben, fehlt uns die Kohärenz zwischen Finanzstrategie, IAFP und Voranschlag 2008. Würden wir als Parlamentsmitglieder nicht ablehnend von der Finanzstrategie 2008 – 2011 Kenntnis nehmen, müssten wir uns – zu Recht – den Vorwurf gefallen lassen, unsere Akten nicht im Detail zu lesen. Deshalb sehen wir Jungfreisinnigen uns dazu gezwungen, von der Finanzstrategie 2008 – 2011 ablehnend Kenntnis zu nehmen. Wir erwarten, dass unsere ablehnende Kenntnisnahme nicht als Nein zur Strategie oder zum IAFP oder zum Voranschlag verstanden wird. Vielmehr ist es ein klares Ja zu den vorhandenen Instrumenten und deren korrekter Handhabung.

Christoph Salzmann (SP): Wenn ich mit der Gutheissung der vorsichtigen und risikoabwägenden Strategie des Gemeinderates quasi als Pessimist bezeichnet werde, verwundert mich dies ein bisschen. Jemanden, dem unerwartet Geld zur Verfügung steht und dieses entweder für kurzfristiges Vergnügen verjubeln oder nicht mehr arbeiten würde, bezeichnen wir als Hallodri. Wenn wir dem einzelnen Menschen raten, mit Geld vorsichtig und vorausschauend umzugehen, sollte dies auch der Gemeinde zugestanden werden. Einerseits wollen die Jungfreisinnigen einen raschen Schuldenabbau und dies offenbar in grösserem Ausmass als vom Gemeinderat vorgesehen. Andererseits wollen sie jedoch relativ schnell eine Steuersenkung. Das kann in meinen Augen nicht aufgehen. Dass gewisse Kennwerte im IAFP noch nicht mit der Strategie übereinstimmen, erkläre ich mir wie folgt: Die Prognose wurde mit den gleich gebliebenen Rahmenbedingungen erstellt. Nun ist es Aufgabe des Gemeinderates, entsprechende Massnahmen für die Zielerreichung zu entwickeln.

Daniel Oester (jfk): Zu Christoph Salzmann: Wir Jungfreisinnigen haben noch nie das Wort Steuersenkung in den Mund genommen. Steuersenkung ist nicht unser Ziel, sondern eine nachhaltige Finanzpolitik. Das Ziel Steuersenkung wurde nur im Zusammenhang mit der damaligen Steuererhöhung von 0,9 Steuerzehnteln angesprochen, die wieder zurückzunehmen sei. Nachhaltigkeit betrifft in unseren Augen nicht nur die Personalpolitik, sondern auch die Steuerpolitik und Versprechungen müssen auch hier eingelöst werden. Betreffend Schuldenabbau haben wir nicht erklärt, diesen schneller voranzutreiben, sondern wir kritisieren den Umstand, dass ein mittelfristiger Schuldenabbau in vier bis acht Jahren vorgesehen ist, die Finanzstrategie jedoch nur drei Jahre umfasst.

Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich bedanke mich für alle positiven Voten zur Unterstützung unserer Finanzstrategie und hier insbesondere Christoph Salzmann, der sie namens der SP-Fraktion unterstützt, inklusive der vorgesehenen Steuersenkung. Hanspeter Kohler, der erklärte, die Steuersenkung werde nicht vor dem Jahr 2010 kommen, muss ich sagen, dass der Gemeinderat sicher nicht beabsichtigt, diese Steuersenkung systematisch zu verhindern. Ich danke Urs Maibach für seinen Hinweis, dass kurzfristiges Denken in der Finanzpolitik ein schlechter Ratgeber ist. Der Hinweis, dass dies unter Umständen teuer zu stehen kommen kann, ist richtig. Christian Burren wies zu Recht auf das Erfordernis hin, die Infrastruktur nicht zu vernachlässigen und dies entspricht den Absichten des Gemeinderates. Zu Rolf Zwahlen: Gemeindelobbying ist für uns entscheidend. Mit Gemeindelobbying wurde verhindert, dass uns im Rahmen der Neuberechnung der Zentrumslasten grosse Ausgaben in Millionenhöhe ins Haus flattern. Die finanzpolitische Ausgangslage wäre damit eine völlig andere. Die Neuberechnung ist nun auf den FILAG im Jahr 2012 verschoben worden. Durch das Verschieben der Steuergesetzesrevision für Gemeinden wurden allein für den Voranschlag 2008 ungefähr 3 Millionen Franken herausgeholt. Dies auch dank Gemeindelobbying. Wir können im Rahmen des von uns beeinflussbaren Finanzhaushaltes die Hausaufgaben so gut als möglich erledigen und Leistungen abbauen; wenn jedoch der Kanton die Rahmenbedingungen verändert, stehen wir wieder vor einem Berg. Ich darf feststellen, dass Rolf Zwahlen und Bernhard Bichsel zu Recht darauf hingewiesen haben, dass Kennwerte im IAFP noch nicht mit der Finanzstrategie 2008 – 2011 übereinstimmen. Ich habe darauf hingewiesen, dass die Ziele der Finanzstrategie ehrgeizig sind und deren Erreichung nicht einfach sein wird. Für die Erreichung der sechs Ziele sind Massnahmen von Gemeinderat und Verwaltung notwendig sowie die Unterstützung des Parlaments.

Kapitel 3, Analyse

Rolf Zwahlen (EVP): Der in der Tabelle Finanzielle Übersichten, Entwicklung Laufende Rechnung/Investitionsrechnung, beim FP 2011 aufgeführte Bilanzfehlbetrag von 1,418 Millionen Franken, gehört in die Rubrik Aufwandüberschuss.

Das Parlament fasst folgenden

Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis von der aktualisierten Finanzstrategie 2008 – 2011.

Stimmenverhältnis: 15 zustimmend, 21 teilweise zustimmend, 2 ablehnend.

4. IAFP 2008

Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

Harald Henggi (FDP; GPK-Präsident): Der grösste Teil der Themen und Punkte des IAFP wurde bereits anlässlich der Diskussion zur Finanzstrategie beraten. Wie ich eingangs erwähnt habe, müssen Finanzstrategie und IAFP zusammenhängend betrachtet werden, da der IAFP eine logische Folge der Finanzstrategie 2008 – 2011 ist. Im Juni 2008 werden wir zum ersten Mal Gelegenheit haben, das Instrument Planungsbeschluss zu benützen. Wie bereits mehrmals festgehalten wurde, sind ab 2009 wieder ausserordentliche Erträge ausgewiesen. Vor allem – dieser Punkt wurde hauptsächlich besprochen – sind in der Übersicht Investitionsplan (Seiten 16/17), jeweils Quoten von 9 Millionen Franken eingesetzt. Die Investitionen zu Lasten Steuern belaufen sich im Investitionsplan irgendwo zwischen 16 und 21 Millionen Franken. Die GPK-Mitglieder haben davon Kenntnis genommen, dass diese Zahlen einer noch nicht belastbaren Planung entsprechen und diese im Gemeinderat weiter vorangetrieben werde. In diesem Zusammenhang ist ersichtlich, dass insbesondere für die gemeindeeigene Infrastruktur mehr Mittel vorgesehen sind. Ziel ist nun, dieses neue Instrument kennen zu lernen, um damit arbeiten zu können. Die in den Fokus-Produktgruppen (Seiten 103 – 116) eingesetzten Zahlen sind in der GPK zu analysieren und das weitere Vorgehen ist zu diskutieren. Die Arbeit mit Indikatoren ist in den Fokus-Produktgruppen Informatik-Zentrum Köniz-Muri und Institutionelle Sozialhilfe nicht neu. Die Kommission K2005 konnte in diesem Bereich auf Bestehendes zurückgreifen. Einzig bei der Ortspolizei mussten die Indikatoren neu erarbeitet werden. Auch hier wird die GPK im Verlauf der Arbeit mit dem neuen Instrument gegebenenfalls Anpassungen vornehmen. Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 3 Stimmen zustimmend und 4 Stimmen teilweise zustimmend, vom IAFP 2008 Kenntnis zu nehmen.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Christoph Salzmann (SP): Das neue Instrument IAFP bringt etwas. Der IAFP ist lesbarer als das Budget gemäss HRM (Harmonisiertes Rechnungsmodell). Aber auch hier: Wenn die Hintergründe noch nicht bekannt sind, sagen Zahlen wenig aus. Deshalb sind aufschlussreiche Kommentare wertvoll und notwendig. In diesem Bereich ist der IAFP teilweise noch verbesserungsfähig. Er ist jedoch noch Übungsstück sowohl für den Gemeinderat, für die Verwaltung, wie auch für das Parlament. Die Zahlen für das Jahr 2008 mögen dem Budget entsprechen, ab 2009 bis 2012 sind die Zahlen zum Plan jedoch nicht immer nachvollziehbar. Zum Teil konnten hier die Legislaturziele noch nicht eingearbeitet werden, wurde uns an der KSF-Sitzung erklärt. Bei den Fokus-Produktgruppen fehlen ebenfalls noch die Ist-Werte der Indikatoren. Nun, wir werden von Jahr zu Jahr schlauer. Der Finanzplan zeigt uns, dass die Bäume noch nicht in den Himmel wachsen, ist doch bereits ab 2011 wiederum mit einem Aufwandüberschuss und damit mit abnehmendem Eigenkapital zu rechnen. Dies beim gleichbleibenden Steuerfuss von 1,54. Wir müssen somit die Rechnungsergebnisse von weiteren Jahren abwarten, bis wir beurteilen können, ob eine Steuersenkung – oder wie ich heute gelernt habe, eine Steuerwiederherstellung – möglich ist. Es wird sich zeigen, ob die Ziele zu den Finanzkennzahlen erreicht werden können. Gemeinderat und Parlament werden weiterhin gefordert sein. Ein unkontrolliertes Ausgabenwachstum wird nicht möglich sein. Die Mittel für das Erreichen der Legislaturziele müssen auf jeden Fall bereitgestellt werden. Sie sind ein Minimum zur Bewahrung der Attraktivität unserer Gemeinde. Nur wer hier investiert, wird nachhaltig Steuereinnahmen generieren. Ich hoffe, dass mir diese Worte nicht als Schwarzmalerei angekreidet werden.

Die im Investitionsplan ausgewiesenen Investitionen scheinen uns massvoll. Die überwiegende Mehrheit der Vorhaben ist der Klasse A, dem Werterhalt, zugeschrieben. Es gibt nur wenig Wunschbedarf in Kategorie C, zumeist sind dies kleine Beträge wie z. B. für bessere Schulwegbeleuchtungen oder für die Sanierung einer Bushaltestelle oder eine Lärmsanierung. Grosse Brocken im Wunschbedarf C sind ein Allwetterfussballplatz im Liebfeld und die Ballsporthalle. Sorgen bei der ganzen Finanzplanung – im Sinn von Vorsicht – machen uns wie erwähnt die äusseren Rahmenbedingungen, welche auf Prognosen beruhen. Ich hoffe, dass die Steuergesetzrevisionen auf kantonaler und nationaler Ebene gut aufgefangen werden können und die Konjunktur nicht unerwartet früh wieder einbrechen wird.

Stefan Lehmann (SVP): Mit dem vorliegenden IAFP hat das Parlament nun zum ersten Mal

sein neu geschaffenes Instrument in Händen. In einer übersichtlichen Art und Weise werden Finanzplan, Investitionsplan und Produktgruppen präsentiert. Dem Finanzplan kann entnommen werden, dass es uns in den Planjahren nicht gelingen wird, eine Eigenkapitalquote von drei Steuerzehnteln zu erreichen. Auch kommen in den nächsten Jahren wieder ausserordentliche Erträge ins Spiel, die mithelfen sollen, die Laufende Rechnung auszugleichen. Trotzdem ist bei einem Vergleich mit der Situation vor zwei Jahren festzustellen, dass sich diese wesentlich verbessert hat. Bei den Finanzkennzahlen ist festzustellen, dass der Selbstfinanzierungsgrad in allen Planjahren weit unter dem Ziel von 100 Prozent bleibt. Das bedeutet im Klartext, dass die Verschuldung zunehmen wird. Im Investitionsplan ist festzustellen, dass sich die Investitionsquote ab dem Jahr 2009 verdoppeln wird. Plötzlich sind Investitionen von durchschnittlich 20 Millionen Franken pro Jahr vorgesehen. Im Budget 2008 sind für Investitionen 9 Millionen Franken eingesetzt. Das sieht nach einem Hinausschieben von Investitionen aus. Die SVP-Fraktion reichte an der letzten Sitzung das Postulat betr. Steuersenkung (0721) ein. Der Gemeinderat wird beauftragt, alle Massnahmen zu treffen, damit spätestens auf den 1. Januar 2010 eine Steuersenkung unter Beachtung folgender Bedingungen umgesetzt werden kann: Die Eigenkapitalbildung von 2 Steuerzehnteln ist innerhalb von 3 Jahren erreicht; der Selbstfinanzierungsgrad beträgt ab 2009 100 Prozent; die zurückgestellten Investitionen zur Werterhaltung an Liegenschaften und Strassen sind nachzuholen. Wenn diese zentralen Fragen beantwortet sind, wird sich in Köniz viel Nebel lichten. In den Investitionen ist auf "Goldrand" und "Chichi" zu verzichten, dennoch sind die notwendigen Sanierungen anzugehen. Sollte all dies nicht geschehen und die Mittel in die Laufende Rechnung fliessen, sähe sich die SVP gezwungen, die Steuersenkung nicht erst per 1. Januar 2010 zu verlangen. Zu den Produktgruppen: Die Darstellung der Budgets und der Pläne ist übersichtlich und für die Parlamentsmitglieder besser nachvollziehbar. Mit dem Gebrauch dieses Instruments werden sich die Parlamentsmitglieder noch vertraut machen müssen. Sicher werden im nächsten Jahr auch die ersten Planungsbeschlüsse eintreffen. Bei den Fokus-Produktgruppen sind die Ziele der Indikatoren gesetzt, manchmal vielleicht aber noch etwas mutlos. Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für den vorliegenden IAFP, hinter dem sicher grosse Arbeit steckt. Die SVP-Fraktion nimmt mehrheitlich zustimmend Kenntnis vom IAFP 2008.

Hermann Gysel (EVP): Auch die Mitglieder der CVP/EVP-Fraktion danken dem Gemeinderat und der Verwaltung herzlich für das vorliegende "IAFP-Buch". Man muss sich noch etwas an die neue Darstellung gewöhnen. Beim Betrachten des "Zahlenhaufens" denke ich persönlich an Folgendes: Einerseits erhält man ganz viele genaue Zahlen, die jedoch mit einem grossen Unsicherheitsfaktor verbunden sind. Andererseits erhält man mit vielen Zahlen eine grosse Komplexität, die im Quadrat mit der Anzahl Zahlen zunimmt. Es geht nun darum, den IAFP zur Kenntnis zu nehmen. Eine Reihe von Produkten ist zu beurteilen und allenfalls bis spätestens Juni 2008 Planungsbeschlüsse einzureichen, damit der Gemeinderat nötigenfalls Gelegenheit für Anpassungen hat. Hier sinnvolle Arbeit zu tun, wird aufwändig sein, weil die angegebenen Ziele und Indikatoren zum Teil, wie z. B. in der Fokus-Produktgruppe Informatikzentrum Köniz-Muri, nachvollziehbar sind, andernorts jedoch noch nicht. Die Mitglieder der CVP/EVP-Fraktion sind noch nicht glücklich über alle Details im IAFP und können deshalb mehrheitlich nur teilweise zustimmend Kenntnis vom IAFP 2008 nehmen.

Jan Remund (Grüne): Der IAFP ermöglicht eine gute Übersicht über die Entwicklung der Gemeindefinanzen. Wir danken dem Gemeinderat für die grosse Arbeit. Formal haben wir zwei Vorschläge, wie die Lesbarkeit des IAFP verbessert werden könnte: Die Angabe von kleinen Rappenbeträgen ist in unseren Augen störend. Diese müssen im Budget gemäss HRM (Harmonisiertes Rechnungsmodell) aufgeführt sein, aber nicht im IAFP. Zudem würde die Einfügung von grafischen Symbolen (Pfeile nach unten oder oben) deutlicher anzeigen, wie sich die Zahlen entwickeln. Bezüglich Finanzkennzahlen haben wir Grünen folgende kritische Anmerkungen: Die Gemeindefinanzen befinden sich sicher auf dem Weg zur Besserung, die meisten Kennzahlen sind genügend. Als Gesamtnote können wir jedoch nur eine 4,5 vergeben und diese genügt nicht, um momentan eine Steuersenkung ins Auge zu fassen. Der Aufbau von Eigenkapital in der Grössenordnung von zwei bis drei Steuerzehnteln ist für uns wichtig, um in Zukunft in schwierigen Zeiten flexibel reagieren zu können. Kritisiert werden muss vor allem, dass Eigenkapital fast ausschliesslich infolge von ausserordentlichen Erträgen geäufnet werden kann. Aufgrund der finanziellen Entwicklung ist ersichtlich, dass eine

Steuersenkung in der Gemeinde Köniz um einen Steuerzehntel – dank der kantonalen Steuersenkung – so oder so kommen wird. Eine der beiden Varianten wird von der Stimmbürgerin sicher angenommen. Ein weiterer zu kritisierender Punkt sind die Investitionen. Wir begrüßen die vom Gemeinderat angestrebte Erhöhung der Investitionstätigkeit. Selbstfinanzierungsgrad und –anteil zeigen aber auch, dass sich die Gemeindefinanzen noch nicht im guten Bereich befinden. Die Grünen wünschen sich eher eine noch vermehrte Investitionstätigkeit, um besser für die Zukunft gewappnet zu sein. Der Investitionsplan beinhaltet viele Details. Das Verhältnis zwischen Wunsch und Realität liegt etwa bei Faktor 2. Da wird noch einiges zu diskutieren sein. Die vorgeschlagenen Investitionen werden schwerpunktmässig für den Unterhalt und die Sanierung von Schulanlagen und Strassen (vor allem für Lärmschutz) ausgegeben. Beide Investitionen sind in den Augen der Grünen sinnvoll. Im Schlossareal sind ebenfalls grosse Investitionen vorgesehen sowie für die neue Ballsporthalle. Diese Investitionen sind in unseren Augen wichtig, im Investitionsplan jedoch nicht voll abgedeckt. Zudem sollte die Gemeinde ihre Investitionstätigkeit im energietechnischen Bereich verstärken, um sich in Zukunft hohe Heizkosten zu ersparen. Zu den Fokus-Produktgruppen haben wir keine grossen Anmerkungen anzubringen. Richtig spannend wird es dann, wenn die ersten Kennzahlen vorhanden sind und die politischen Ziele, z. B. im Bereich Betreuungsstunden der Kindertagesstätten, enthalten sind.

Wir ziehen folgendes Fazit: Die Finanzen befinden sich auf dem Weg zur Besserung, verdienen jedoch erst die Gesamtnote 4,5. Die Investitionstätigkeit ist einerseits als zu tief zu betrachten, andererseits ist aber ersichtlich, dass sich die Gemeinde Köniz nicht mehr leisten kann. Beides zeigt uns jedenfalls, dass die Zeit für eine Steuersenkung noch nicht gekommen ist. Die Grünen nehmen zustimmend Kenntnis vom IAFP 2008.

Mark Stucki (FDP): Wie so oft, gibt es auch zum IAFP eine schlechte und eine gute Nachricht. Die gute: Der IAFP hat den ersten Test bestanden. Das vorliegende Heft ist ein unerhört praktisches und informatives Instrument für die Analyse der Gemeindefinanzen und um mit Indikatoren zu arbeiten. Die schlechte und vermutlich nicht ganz überraschende Nachricht: Wir von der FDP haben am Inhalt zum Teil keine Freude. Vor allem ist die sich im Finanzplan des Gemeinderates widerspiegelnde Finanzpolitik nicht die unsere. Eine Aussage, die die logische Folge unserer Einschätzung der Finanzstrategie ist. Dank der konsequenten Haltung des Parlaments bei der Beratung des Budgets 2007 befinden wir uns heute in einer guten Ausgangsposition. Wir können dieses Jahr voraussichtlich Eigenkapital im Gegenwert von rund 0,9 Steuerzehnteln bilden, gleichzeitig ist das konjunkturelle Umfeld nach wie vor sehr gut und die Steuereinnahmen bei natürlichen und juristischen Personen sind steigend. Nun ist der Moment gekommen, die Weichen für die Zukunft zu stellen und unsere Gemeinde im Steuerwettbewerb zu positionieren. Gleichzeitig ist die Einlösung von Versprechen, die den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern gemacht wurden, an die Hand zu nehmen, ohne dabei Ziele wie die Bildung von Eigenkapital zu vernachlässigen. Genau zu diesem Zeitpunkt ist dem Finanzplan aber zu entnehmen, dass in den Jahren 2009 und 2010 – notabene bei unverändertem Steuerfuss – ein Ertragsüberschuss nur dank ausserordentlichen Erträgen zustande kommen soll. Dies nach der Diskussion und dem Entscheid des letzten Jahres. Die Planung für die Jahre 2011 und 2012 sieht noch düsterer aus. Dort scheinen uns jedoch zu viele Unbekannte für eine seriöse Aussage vorhanden zu sein. Auch bei den durchaus notwendigen Investitionen müsste mehr durch eigene Mittel finanziert werden können als ausgewiesen. Bei dem hohen und immer noch wachsenden Aufwandniveau wird das jedoch schwer möglich sein. Fakt ist, dass die aufgezeigte Entwicklung nicht nur mit unseren finanzpolitischen Zielen nicht übereinstimmt, sondern auch nicht mit jenen des Gemeinderates. Hier ist Handlungsbedarf vorhanden. Ebenso klar ist dieser Teil des IAFP unbefriedigend. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er seine Führungsverantwortung – wie auf Seite 3 beschrieben – wahrnimmt, die Finanzpolitik entsprechend anpasst und handelt. Vorbehalte sind auch beim Investitionsplan anzubringen. Weniger was den konkreten Inhalt angeht – wir sehen hier durchaus Bedarf –, sondern die Art und Weise wie mit dem Instrument umgegangen wird. Es scheint, als wäre in vorweihnächtlicher Freude ein Wunschkatalog ab 2009 zusammengestellt worden und nach dem Zusammenzählen wurde bemerkt, dass die Wünsche etwas gar gross sind. Man ist jedoch optimistisch und lässt sie stehen. In einer speziellen Situation befinden wir uns bei den Produktgruppen, weil nun die Übergangsphase einsetzt. Einfluss nehmen können wir auf den IAFP noch nicht, da sind wir auf das HRM-Budget angewiesen, das jedoch für Ein-

flusssnahmen – wie so oft bemerkt – nicht das ideale Instrument ist. Unter dem Strich sind die FDP-Mitglieder der Meinung, dass der IAFP, der die Grundlage für die künftige Finanzpolitik legt, inhaltlich in verschiedenen Punkten nicht voll unseren Erwartungen entspricht und Handlungsbedarf vorhanden ist. Der IAFP bringt jedoch gleichzeitig viel zusätzliche Transparenz und Nachvollziehbarkeit in unsere Finanzpolitik. Die FDP-Mitglieder nehmen teilweise zustimmend Kenntnis vom IAFP 2008.

Daniel Oester (jfk): Als Parlamentarier arbeite ich mit grosser Freude zum ersten Mal mit dem Instrument IAFP. Es ist mir ein grosses Anliegen, noch einmal allen Beteiligten aus der Politik und insbesondere der Verwaltung, für das neue Instrument zu danken. Wie immer bei neuen Instrumentarien, sind auch beim IAFP Möglichkeiten für Verbesserungen vorhanden. Ein ganz wichtiger Punkt ist aus unserer Sicht, dass Planung und Strategie im Einklang stehen müssen. Hier sind wir nicht derselben Meinung wie Gemeindepräsident Luc Mentha. In der Betriebswirtschaft wird davon ausgegangen, dass der Finanzplan auf der Basis einer schlüssigen Unternehmensstrategie ausgearbeitet wird. Ich gebe ein Beispiel: Die Firma Nestlé legt z. B. fest, dass der Bekanntheitsgrad von Henniez deutlich gesteigert werden soll. Damit muss mehr in Kommunikation, in Marketing und Werbung investiert werden. Es wäre jedoch nicht logisch, wenn im Zahlenteil ersichtlich würde, dass Nestlé für Kommunikation, Marketing und Werbung weniger ausgeben will. Ähnliche Unstimmigkeiten sind leider in der "Geburtsausgabe" des IAFP vorhanden. Ich gebe drei Beispiele bekannt, bei welchen ich mich auf die Finanzstrategie des Gemeinderates stütze: Ziel 1 der Finanzstrategie, ein ausgeglichener Finanzhaushalt ohne Berücksichtigung von Sonderfaktoren. Zu den Sonderfaktoren gehört in unseren Augen auch der Sonderabschreibungssatz, von dem wir 2008 nochmals profitieren können. Müssten wir anstatt mit 8 Prozent, mit 10 Prozent abschreiben, stünden wir um nochmals etwa 1,7 Millionen Franken schlechter da, d. h. das Rechnungsergebnis 2008 würde negativ ausfallen. Auf Seite 5 des IAFP ist zudem ersichtlich, dass in den Jahren 2009 und 2010 ausserordentliche Erträge von total 11,5 Millionen Franken anfallen, dies bei einem Reingewinn von lediglich 6,3 Millionen Franken. Ab 2011 sind sogar mit ausserordentlichen Erträgen negative Ergebnisse zu gewärtigen. Ziel 2 ist die bedarfsgerechte Erhöhung der Nettoinvestitionen bei einem Selbstfinanzierungsanteil von 10 Prozent und einem Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent. Hier ist auf Seite 12 ersichtlich inwiefern Planung und Strategie übereinstimmen. Zu Ziel 3, die Spezialfinanzierungen kostendeckend und ohne Bilanzfehlbeträge zu führen, verweise ich für Ihre Meinungsbildung darüber, ob diese Ziele erreicht werden, gerne auf die Seiten 73, 89, 90 und 97. Weitere Punkte in der Finanzstrategie, die im IAFP aus unserer Sicht nicht genügend abgebildet sind, sind die festgehaltene und von uns nicht geforderte Steuersenkung im 2010. Oder sie fehlen gänzlich, wie z. B. die Entwicklung der Bruttoverschuldung oder des Investitionsanteils. Wir fragen uns, was hier falsch gelaufen ist, die Strategie oder der IAFP oder sogar beides. Im Controlling der Legislaturplanung ist der Zielerreichungsgrad jeweils detailliert beschrieben und allfällige Abweichungen sind klar begründet. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass künftig auch der Finanzteil derart detailliert aufgearbeitet wird und die Ziele aus der Finanzstrategie klar kommuniziert werden. Nur so ist der Wille des Gemeinderates auch erkennbar, dass die Finanzstrategie umgesetzt werden soll, beziehungsweise ein Controlling durch das Parlament möglich. In diesem Sinn sind wir unverändert überzeugt vom neuen Instrument IAFP, müssen ihn jedoch in der vorliegenden Form ablehnend zur Kenntnis nehmen. Weil es mir sehr wichtig ist, möchte ich nochmals betonen: Die ablehnende Kenntnisnahme soll keineswegs eine Geringschätzung der vorgenommenen Arbeit durch Politik und Verwaltung zum Ausdruck bringen, sondern aus unserer Sicht auf entscheidende Schwachpunkte der vorliegenden Planung aufmerksam machen.

Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke für die Anerkennung der grossen Arbeit, die hinter dem vorliegenden IAFP steckt. Der Prozess war sehr aufwändig. Ich stelle mit Freude fest, dass Sie von diesem Instrument offenbar sehr angetan sind. Der neu präsentierte Gesamtüberblick ist auch für uns sehr interessant. Der Wunsch für dieses neue Instrument kam jedoch aus den Reihen des Parlaments.

Zu den inhaltlichen Voten: Die Zahlen im Finanzplan haben nur eine bedingte Aussagekraft, es handelt sich um grobe Richtwerte, die immer wieder Änderungen erfahren. Nur im Osten von Europa wurde zeitweilig mit einer rigorosen Planwirtschaft gearbeitet. Wir können jeweils in Hunderten von Stunden versuchen, mit einer Scheingenauigkeit ein besseres Resultat zu erreichen, werden später trotzdem feststellen müssen, dass die Realität anders verlaufen ist.

Finanzplanung ist ein sehr ungenaues Instrument. Der Sinn einer Finanzplanung kann durchaus sein, dass ersichtlich wird, dass Bäume nicht in den Himmel wachsen. Ich danke Ihnen, dass dies von Ihnen richtig erkannt wurde. Auch ich habe manchmal hier im Parlament das Gefühl, ich sei Dagobert Duck, der seinen Geldsack hüten muss, damit von links bis rechts nicht zu viele Löcher entstehen und Goldstücke entwendet werden. Der Gemeinderat sieht seine Aufgabe nicht darin, eine Finanzplanung vorzulegen, die allen gefällt. Wir legen im Finanzplan vor, was uns von den Fachabteilungen für die Planjahre gemeldet wird. Der Gemeinderat zählt diese Zahlen zusammen und setzt die dafür notwendigen Prioritäten im Investitionsplan. Das wird seit Jahren so gehandhabt und ich nehme hier zur Kenntnis, dass Sie andere Erwartungen hegen. Der Finanzverwalter, Rolf Messerli, erklärt seit Jahren, der Finanzplan sei eine ganz genaue Zusammenstellung falscher Zahlen. Auch dem Gemeinderat ist klar, dass nicht alle Wünsche erfüllt werden können und auch in Zukunft wird eine Prioritätensetzung notwendig sein. Das wird der Gemeinderat jeweils angehen. Das ist meine Einschätzung ihrer zum Teil kritischen Voten.

Ich hebe noch Einzelnes daraus hervor: Die so genannte A-B-C-Klassierung ist primär eine Deklaration der Fachabteilungen. Bei der Finanzkennziffer Selbstfinanzierungsgrad, wo wir uns unter den Zielwerten befinden, ist in der Finanzstrategie abgehandelt, dass Handlungsbedarf besteht und ich habe dies heute bereits erwähnt. Ich weise darauf hin, dass gemäss den in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen die Finanzkennzahlen jeweils besser waren als die im Finanzplan ausgewiesenen. Das war auf jeweils unterschiedliche Ursachen zurückzuführen. Den Vorstoss der SVP-Fraktion (0721) betr. Steuersenkung werden wir selbstverständlich beantworten. Was die Ausführungen zur Verbesserung der Lesbarkeit von Jan Remund betrifft, wurde ich vom Finanzverwalter darauf aufmerksam gemacht, dass es einfacher ist, diese Zahlen im Ganzen aus dem Rechnungsergebnis zu übernehmen, als sie noch zu überarbeiten. Zum Votum von Daniel Oester: Die Abschreibungssätze sind für 2008 noch reduziert, aber auch nur deshalb, weil in Vorjahren zu viel abgeschrieben wurde. In den Finanzplanzahlen wurden diese erhöhten Abschreibungssätze berücksichtigt.

Das Parlament fasst folgenden

Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis vom IAFP 2008.

Stimmenverhältnis: 22 zustimmend, 14 teilweise zustimmend, 2 ablehnend.

5. Voranschlag 2008

Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Das Eintreten ist bei diesem Geschäft obligatorisch.

Harald Henggi (FDP; GPK-Präsident): Der Voranschlag 2008 ist dünner geworden, was richtig ist, weil Finanz- und Investitionsplan nun im IAFP enthalten sind. Ich hoffe nicht, dass der Voranschlag 2008, der ja ebenfalls eine Planung ist, nur eine Zusammenstellung falscher Zahlen ist. Das wäre schade für die Wertschätzung und die Motivation der Planenden. Wir wissen alle, dass eine Planung jeweils gemäss dem Best-Case-Motto erstellt wird. Wichtig ist, daraus entnehmen zu können, weshalb und warum etwas gegenüber der Planung änderte.

In der GPK erfolgte bewusst – wie in jeweils in den letzten Jahren – keine Detailberatung der einzelnen Konti des HRM-Budgets. Die Steuerung soll künftig über den IAFP vorgenommen werden. Allerdings bleibt der Weg für eine allfällige Änderung nur über das HRM-Budget offen, weil nur dieses genehmigt wird. Im Bericht zum Voranschlag 2008 sind die wichtigen Eckpunkte erläutert, die zu einem Ertragsüberschuss von 871'000 Franken führen.

Einige Male wurde bereits angetönt, dass sich in der GPK betreffend Teuerungsausgleich und hier vor allem zur Aufholung des Teuerungsrückstandes, eine längere Diskussion entwickelte. Der Ausgleich der Teuerung von 1,09 Prozent ist unbestritten. Hingegen stellte sich die GPK die Frage, ob die Aufholung des Teuerungsrückstandes, der notabene bis in die Neunzigerjahre zurückgeht, wirklich gemäss Giesskannenprinzip ausgeschüttet werden soll. Die GPK kann sich vorstellen, dass dafür andere Kriterien berücksichtigt werden wie Leistungsbeurteilungen, Lohnobergrenzen oder als Motivationszulage. Die entsprechenden Kriterien festzulegen wird jedoch Sache des Gemeinderates sein. Wir können hier keine Aufträge erteilen

und gewisse Fragen müssen über eine allfällige Revision des Lohnreglements gelöst werden. Die GPK stellt demzufolge den Antrag, für das Jahr 2008 nur die Teuerung von 1,09 Prozent auszugleichen, d. h. 0,41 Prozent des Teuerungsrückstandes nicht auszugleichen. Der ganze Teuerungsrückstand von 1,21 Prozent soll aufgeholt werden, aber mit der Berücksichtigung anderer durch den Gemeinderat noch festzulegender Kriterien. Dieser Antrag kam in der GPK mit 4 : 3 Stimmen zustande. Die knappe Minderheit beabsichtigte, die 0,41 Prozent Aufholung Teuerungsrückstand im Jahr 2008 auszubezahlen und die restlichen 0,8 Prozent nach vom Gemeinderat noch festzulegenden Kriterien auszugleichen. Die Kommissionsmehrheit ist der Meinung, die gesamten 1,2 Prozent Aufholung des Teuerungsrückstandes seien nicht nach dem Giesskannenprinzip, sondern nach vom Gemeinderat noch festzulegenden Kriterien auszugleichen.

Die GPK nahm auch Kenntnis von der Budgetvariante mit Steuersenkung um 0,9 Zehntel. Hierzu wurden jedoch keine weiteren Diskussionen geführt.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 3 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen, Ziffer 1 des Beschlussesentwurfs zu genehmigen und mit 5 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen, Ziffer 2 zu genehmigen.

Gemeindepräsident Luc Mentha: Die Hochrechnung 2007 sieht einen Ertragsüberschuss von rund 5,4 Millionen Franken vor. Das bessere Rechnungsergebnis 2006 schlägt sich nun in der Hochrechnung 2007 nieder, weil anstatt einem vorgesehenen Abbau des Bilanzfehlbetrages von 3,4 Millionen Franken dafür nur noch 383'000 Franken notwendig sind. Wir rechnen ohne diese Abschreibungen mit Verschlechterungen von total rund 600'000 Franken. Dies betrifft den Personalsektor mit 50'000 Franken, den Sachaufwand 400'000 Franken und die Vermögenserträge mit 150'000 Franken. Diesen Verschlechterungen stehen Verbesserungen von 2,9 Millionen Franken gegenüber, die sich wie folgt zusammensetzen: Passivzinsen 100'000 Franken, Entschädigungen – unter anderem die Sozialhilfe – 1,2 Millionen Franken, Beiträge 150'000 Franken, Entgelte 200'000 Franken und Steuern 1,3 Millionen Franken. Die Hochrechnung ist noch ungenau. Es gilt zu beachten, dass viele Rubriken noch nicht verbucht sind, weil die entsprechenden Rechnungen erst im letzten Quartal anfallen. Insbesondere zeigt sich beim Investitionsbudget, dass der Realisierungsgrad von 100 Prozent wieder einmal nicht erreicht wird. Ich schliesse an mein vorhergehendes Votum an, dass die Finanzkennzahlen besser ausfallen. Dies, weil nicht alles Geplante – unter anderem aus Kapazitätsgründen – ausgeführt werden kann und deshalb wird eine Realisierungsquote von ungefähr 80 Prozent erreicht. Bezüglich der Steuererträge kann noch keine abschliessende Prognose erstellt werden. Die Hochrechnung basiert auf den eingeforderten Ratenzahlungen. Bei den juristischen Personen wird erst im nächsten Jahr, nach der Bekanntgabe der jeweiligen Abschlüsse klar, wie hoch die Steuern ausfallen werden. Die Hochrechnung 2007 zeigt, dass die Rückweisung des Voranschlags 2007 wegen 1,6 Promille nur einen kleinen Beitrag zur Verbesserung der Finanzlage leistete. Es war unseres Erachtens nicht notwendig, hier ein Zeichen zu setzen. Die FDP-Fraktion sieht dies sicher anders.

Ich erlaube mir folgende Aussage: Als nach der GPK-Sitzung zum Voranschlag 2007 klar wurde, dass er um 300'000 Franken zu verbessern sei, erlaubte sich der Gemeinderat nach der Analyse der Steuereinnahmen diese heraufzusetzen. Damit setzten wir uns prompt dem Vorwurf aus, schiere Budgetkosmetik zu betreiben. Ich darf nun feststellen, dass die Hochrechnung 2007 aufzeigt, dass – jedenfalls was die Steuereinnahmen belangt – zu wenig budgetiert wurde.

Einige einleitende Worte zum Voranschlag 2008: Einige Elemente haben diesen positiv beeinflusst. Einerseits die hohe Budgetdisziplin durch die Einhaltung aller Vorgaben der Verwaltung. Das Sanierungspaket wird – allerdings mit einer Reduktion – auch 2008 umgesetzt. Es sind höhere Gewinnsteuern durch juristische Personen zu generieren. Dies unter anderem, weil sich in der Gemeinde Köniz mehr Unternehmungen niedergelassen haben. Aber auch bei den natürlichen Personen sind bessere Steuererträge festzustellen. Insbesondere ist das erfolgreiche Lobbying bei der Steuergesetzrevision zu erwähnen. Ich weise darauf hin, dass der ursprüngliche Finanzplan für das Jahr 2008 ein Defizit von 4,3 Millionen Franken auswies. Nun ist ein Gewinn von 870'000 Franken zu gewärtigen. Dieser ist im Umfang von 3 Millionen Franken auf das bereits erwähnte Gemeindelobbying zurückzuführen und zeigt, dass der Gemeinderat Divergenzen zwischen Ziel und Plan sehr wohl zum Anlass nimmt, zu handeln

und Massnahmen zu ergreifen.

Im Voranschlag 2008 sind einige neue Projekte zur Verbesserung der Attraktivität der Gemeinde Köniz enthalten. Ich hoffe, dass diese durch das Parlament mitgetragen werden. Damit werden nicht irgendwelche Wünsche oder "nice-to-have"-Begehren aufgenommen, sondern es geht um die Umsetzung unserer Legislaturziele. Die Erkenntnis, dass der Infrastruktur Sorge getragen werden muss, führt zu einer etwas höheren Zurverfügungstellung von Mitteln in den Bereichen Strassenunterhalt, Gebäudeunterhalt und Unterhalt von Schulanlagen. Der Teuerungsausgleich sowie ein erstes Drittel Aufholung des Teuerungsrückstandes für das Gemeindepersonal sind im Budget enthalten. Auch für die Ausbildung unseres Personals sind mehr Mittel vorgesehen, damit unsere Stellung am Arbeitsmarkt behauptet werden kann. Die Wertschätzung der Freiwilligenarbeit und der ehrenamtlichen Tätigkeiten – ein wichtiger Faktor in der Gemeinde Köniz – soll stärker berücksichtigt werden und dafür sind im Budget ebenfalls höhere Ausgaben vorgesehen. Zusätzliche Mittel sind für die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, die Vermittlung von Lehrstellen, im Kulturbereich für den Verein Haberhuus und das "Art Picnic" im Budget eingestellt. Die Schulsozialarbeit soll verstärkt werden sowie die Bemühungen im Bereich Energiestadt Köniz. Auch der Bereich Mobilitätsmanagement soll ausgebaut werden. Das gleiche Bild im Bereich Investitionen: Für den Unterhalt sollen einerseits mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, da dies notwendig ist. Andererseits sind neue Ausgaben enthalten, die im Zusammenhang mit der Attraktivitätssteigerung der Gemeinde Köniz stehen. Diese Ausgaben werden von Ihnen mitgetragen, ich erinnere an die Realisierung der Lifttürme beim Bahnhof Niederwangen oder an den Liebefeld-Park. Auch sind mehr Mittel für die Informatik an Schulen vorgesehen.

Ein erster Hinweis meinerseits aus formeller Sicht, was den Ausgleich der Teuerung betrifft: Die Zuständigkeit für die Festlegung des Teuerungsausgleichs liegt gemäss Art. 9 des Besolungsreglements beim Gemeinderat. Der von der GPK formulierte Antrag, der für das Budget 2008 den Umfang des Teuerungsausgleichs begrenzen will, verletzt diese Kompetenzregelung, die in einem vom Parlament verabschiedeten Reglement festgehalten ist. Wenn das Parlament Mittel kürzen will, muss der Kürzungsantrag über 330'000 Franken im Konto 105.302.70, Pauschale Personalaufwand-Korrektur beantragt werden. Ich hoffe, dass Sie diese Kürzung nicht vornehmen.

Christoph Salzmann (SP): Die Mitglieder der SP-Fraktion haben die Finanzstrategie 2008 – 2011 und den IAFP zustimmend zur Kenntnis genommen. Sie werden dem Voranschlag 2008 ebenso zustimmen. Das Budget schliesst zum ersten Mal seit Jahren mit einem Ertragsüberschuss ab; dies notabene ohne ausserordentliche Einnahmen. Zu dieser erfreulichen Situation führten nicht die 1,6 Promille Einsparungen im letzten Jahr, sondern eine gute, vorsichtige und umsichtige Finanzpolitik sowie eine Politik, die die Gemeinde attraktiv macht. Denken wir nur an das HIV-Rating. Ich wiederhole mich, aber im Parlament sind Stimmen vorhanden, die immer wieder und überall ein Haar in der Suppe finden. Die Steuern entwickeln sich momentan günstig, dies nicht nur infolge der guten Konjunkturlage, sondern auch weil Köniz zunehmend als Wohnort gewählt wird. Wie am Wirtschaftstreffen der Gemeinde zu hören war, wurde die Marke von 38'000 Einwohnenden überschritten. Juristische Personen wählen vermehrt die Gemeinde Köniz als Standort, wie auch verschiedene KMU-Betriebe. Dort wo der Aufwand beeinflussbar ist, wird er kontrolliert. Das Wachstum des Personalaufwandes ist bescheiden und vertretbar, das Aufholen des Teuerungsrückstandes ist notwendig. Die Stellenbegehren sind auf ein Minimum beschränkt und werden zum Teil nur befristet bewilligt. Ich denke z. B. an die Planungsabteilung, wo infolge der Planung im Ried (Niederwangen) ein Mehrbedarf vorhanden ist. Auch die Schulsozialarbeit kann ohne Schulsozialarbeitende nicht geleistet werden. Beim Sachaufwand ist ein Rückstand an Unterhaltsarbeiten einzuberechnen, dies ganz im Sinn der 6-Ziele-Strategie des Gemeinderates. Ein Blick auf die blauen Zusatzunterlagen zeigt, dass die Idee einer Steuersenkung wohl ein schöner, jedoch nicht realisierbarer Gedanke ist, der uns schnurstracks wieder in eine Finanzkatastrophe führen würde. Ich danke dem Gemeinderat für die Zusatzarbeit und die gute Analyse.

Wir appellieren an alle Parlamentsmitglieder, den Voranschlag 2008 zu genehmigen. Eine Ablehnung würde von der Bevölkerung nicht verstanden. Ich hoffe, wir widerstehen der Verlockung, im Lohnaufwand Kürzungsanträge zu stellen. In den Jahren 1997, 1998, 1999, 2000, 2003, 2004, 2005 wurde dem Gemeindepersonal die Teuerung nicht voll ausgeglichen, d. h. in

den letzten 12 Jahren acht Mal nicht, obwohl im Lohnreglement Art. 9 festgehalten ist, der Teuerungsausgleich sei zur Erhaltung der Kaufkraft zu gewähren. Die in Abs. 3 formulierten Ausnahmemöglichkeiten wurden demnach zur Regel. Es wurde uns wohl erklärt, die Aufholung des Teuerungsrückstandes sei unbestritten, aber die Auszahlung sei anders als nach dem Giesskannenprinzip zu gestalten. Der Ausgleich der Teuerung ist jedoch kein so genanntes Giesskannenprinzip, sondern die Rückerstattung des Kaufkraftverlustes. Die Sozialpolitik und die Jugendpolitik und ein allfälliges Eingreifen in das Lohngefüge aufgrund eines Unbehagens, können nicht über den Teuerungsausgleich abgewickelt werden. Dazu sind andere Instrumente zu benützen. Ich bitte Sie, dem Voranschlag 2008 ohne Wenn und Aber zuzustimmen.

Stefan Lehmann (SVP): Die Mitglieder der SVP-Fraktion danken dem Gemeinderat für den vorgelegten Voranschlag 2008. Zum Voranschlag Stellung zu nehmen, ist nun viel einfacher. Der letztjährige Finanzplan wies für das Jahr 2008 einen Verlust von 4,3 Millionen Franken aus. Dank der voraussichtlich sehr guten Rechnung 2007 und Bereinigungen im Lastenausgleich, wird dies nun glücklicherweise nicht eintreffen, sondern es wurde ein Ertragsüberschuss von 871'000 Franken budgetiert. Welche Faktoren enthält der Voranschlag 2008? Wir halten fest, dass Köniz immer noch von einem reduzierten Abschreibungssatz von 8 Prozent – anstatt 10 Prozent – profitiert. Ansonsten wäre bei den Abschreibungen ein Mehraufwand von knapp 2 Millionen Franken zu gewärtigen und der Ertragsüberschuss nicht mehr vorhanden. Der Personalaufwand steigt insgesamt um 4,9 Prozent oder rund 2,4 Millionen Franken. 500'000 Franken Reduktion der Pensionskassenbeiträge, die letztes Jahr als Sanierungsmassnahme vorgesehen wurden, müssen nun infolge der schlechten Börsensituation wieder bezahlt werden. Es fragt sich, ob dies im letzten Jahr überhaupt als Sanierungsmassnahme hätte bezeichnet werden dürfen. Der Sachaufwand steigt um 5,2 Prozent oder gut 1 Million Franken. Erfreulicherweise steigen die Steuererträge um 9,4 Prozent oder gut 9 Millionen Franken. Erfreulich ist auch die Tatsache, dass keine ausserordentlichen Erträge in der Rechnung vorhanden sind, was das Bild verfälschen würde. Welches Fazit ziehen wir? Wir haben erhebliche Mehreinnahmen und Steuererträge. Grob gesagt, werden rund 40 Prozent davon wieder für höhere Ausgaben im Personal- und Sachaufwand budgetiert und knapp 50 Prozent für einen erhöhten Lastenausgleich. Wir befinden uns aber in einer wesentlich komfortableren Situation als im letzten Jahr. Weiterhin sind jedoch grosse Anstrengungen notwendig, um die Finanzen im Lot zu halten. Parlament und Gemeinderat haben darüber zu wachen, dass nicht alle Mehreinnahmen gleich wieder ausgegeben werden. Betreffend Investitionen und Steuer senkung verweise ich auf meine Aussagen zum IAFP. Zum Antrag der GPK, die Aufholung des Teuerungsrückstandes von 0,41 Prozent im Jahr 2008 nicht auszubezahlen, halte ich Folgendes fest: Die SVP-Fraktion bringt dem Antrag der GPK eine gewisse Sympathie entgegen. Es ist unsinnig, uralte Teuerungsrückstände – der Teuerungsrückstand stammt aus der Mitte der Neunzigerjahre – nach dem Giesskannenprinzip zu verteilen. Zudem ist es auch nicht sozial, weil der Grundbedarf, auf welchem die Teuerung basiert, für alle gleich ist. Ich denke, Kaderangestellte mit höheren Einkommen müssen ihre Löhne durch ihren Leistungsausweis verbessern und nicht mit einem automatischen Teuerungsausgleich. Für Mitarbeitende mit tieferen Einkommen ist die Festlegung von Sockelbeiträgen besser als eine prozentuale Erhöhung aufgrund der Jahreststeuerung. Die SVP-Fraktion ist sich bewusst, dass der Gemeinderat nicht auf all die von mir erwähnten Möglichkeiten zurückgreifen kann, weil sie im Personalreglement nicht vorgesehen sind. Aus diesem Grund unterstützen wir die Motion von Mark Stucki (FDP) für ein modernes Personalrecht, die heute Abend eingereicht wird. Die SVP-Fraktion wird dem Antrag der GPK nicht zustimmen und die 0,41 Prozent Aufholung Teuerungsrückstand für dieses Mal bewilligen. Wir sind jedoch nicht bereit, die noch verbleibenden 0,8 Prozent Aufholung des Teuerungsrückstandes noch gemäss dem Giesskannenprinzip zu gewähren, sondern diese sind nach anderen Kriterien auszubezahlen. Die Mitglieder der SVP-Fraktion stimmen dem Voranschlag 2008 gemäss den Anträgen des Gemeinderates zu.

Mark Stucki (FDP): Nach unseren kritischen Bemerkungen zur Finanzstrategie und zum IAFP ist es nur konsequent und logisch, dass wir uns nicht hinter das vorliegende Budget stellen können. Es geht hier nicht um Polemik, sondern ganz einfach darum, dass der Voranschlag 2008 nicht nur die Finanzpolitik des nächsten Jahres bestimmt, sondern auch den Weg für die folgenden Jahre vorzeichnet. Wenn wir von der FDP hier Ziele – auch unsere Ziele – und Pla-

nung übereinander legen, ist der vorliegende Voranschlag nicht das Optimum. Ich sage dies durchaus im Bewusstsein, dass ein Voranschlag vor allem in der politischen Wertung nie das Optimum für alle sein kann. Die unterschiedlichen politischen Paradigmen und das Verständnis von Steuern und staatlichen Aufgaben, die im Parlament vorhanden sind, stehen dem entgegen. Wir Freisinnigen sind der Ansicht, dass wir nun alles daran setzen müssen, ein Eigenkapital-Polster zu schaffen, das es der Gemeinde Köniz erlaubt, zum frühest möglichen Zeitpunkt die Steuern wieder auf das ursprüngliche Niveau zu bringen, ohne dabei die finanzielle Gesundheit der Gemeinde zu gefährden. Mit diesem Versprechen stehen wir bei der Bevölkerung in der Pflicht. Die gut 800'000 Franken Überschuss, die der Gemeinderat budgetiert, sind nicht nichts, aber es müsste im aktuellen konjunkturellen Umfeld eigentlich mehr möglich sein. Hier stehen Gemeinderat und Parlament in der Pflicht. Die Informationen des Gemeinderates zu einer allfälligen Steuersenkung für den Voranschlag 2008 sind verdankenswert, letztlich jedoch nicht sehr hilfreich. Das eher zufällig wirkende Sammelsurium von Kürzungen bleibt rudimentär und wenig begründet. Eine abschliessende Beurteilung zur Frage des Steuerfusses fällt deshalb schwer. Es ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, dass eine Steuersenkung im Budget 2008 angesichts der schmalen Eigenkapitaldecke problematisch wäre. Um so mehr müssen Anstrengungen unternommen werden, damit dieses Ziel möglichst schnell erreicht werden kann. Das erwartet nicht nur unsere Partei, sondern auch die Bevölkerung. Es ist hingegen konsequent, dass wir unsere Motion zum Voranschlag 2008 zurückziehen werden.

Man könnte nun beginnen, an einzelnen Positionen herumzuschrauben, um den Voranschlag 2008 zu verbessern. Dafür sind wir meiner Meinung nach jedoch das falsche Gremium und das klassische Budget ist dazu nicht mehr das Instrument. Wir nehmen den Gemeinderat aber in die Pflicht, 2008 ein besonderes Gewicht auf konsequente Ausgabendisziplin zu legen und müssen uns Parlamentsmitglieder noch stärker an der Nase nehmen, wenn wir hier neue Ausgaben beschliessen. Der einzige Posten, wo allenfalls Handlungsbedarf beim Parlament vorhanden ist, ist die Frage der Aufholung des Teuerungsrückstandes beim Gemeindepersonal. Hier werden die Mitglieder der FDP-Fraktion dem Antrag der GPK folgen. Ja zum Teuerungsausgleich, das Personal soll auf keinen Fall abgestraft werden. Für weitergehende Lohnmassnahmen braucht es jedoch zuerst eine Gesamtsicht, eine Analyse und neue Grundlagen. Was ich hier zum Thema Teuerungsausgleich gehört habe, ist tatsächlich etwas bizarr und eine objektive Analyse wirklich vonnöten. Das alles heisst in der Konsequenz, dass der Voranschlag 2008 – immer im Konflikt zwischen Wunsch- und Machbarem – unseren Segen nicht erhält. Es heisst aber auch, dass wir pragmatisch mit dem Voranschlag 2008 leben können. So verfehlt es ist, den Voranschlag 2008 über den grünen Klee zu loben, so verfehlt ist es, ihn in Grund und Boden zu verdammen. Eine wichtige Kernforderung ist erfüllt: Ein positiver Abschluss ohne ausserordentliche Erträge. Beim Sachaufwand sind wir zwar nicht dort, wo wir uns gerne befinden würden; die Zahlen per se sind aber dank dem IAFP einigermaßen nachvollziehbar. Auch die leicht erhöhten Investitionen und Mehrausgaben für den Unterhalt der Infrastruktur sind grundsätzlich richtig und angemessen. Mit dieser Analyse wird sich die FDP dem Voranschlag 2008 und der Festsetzung des Steuerfusses nicht entgegenstellen. Wir betonen jedoch, dass der Voranschlag in dieser Form und vor allem im Hinblick auf die Zukunft nicht der unsere sein kann. Wir werden uns deshalb konsequenterweise der Stimme enthalten.

Liz Fischli (Grüne): Die Mitglieder der Fraktion der Grünen Köniz nehmen erfreut Kenntnis vom Voranschlag 2008. Sie danken dem Gemeinderat und der ganzen Verwaltung für die geleistete grosse Arbeit. Erfreulich ist vor allem, dass ein Ertragsüberschuss ohne ausserordentliche und einmalige Erträge erwirtschaftet wird. Dem Antrag der GPK, dem Personal nur den aktuellen Teuerungsausgleich zu gewähren, können wir nicht zustimmen. Das Personal hat – wie erwähnt – über Jahre hinweg an vorderster Front substanziell mitgeholfen, die schwierige Finanzlage der Gemeinde zu bewältigen. Das wollen wir mit dem vorgeschlagenen teilweisen Ausgleich des Teuerungsrückstandes honorieren. Auch wir möchten dem Personal für die geleistete Arbeit danken und gleichzeitig motivieren, ihre Fähigkeiten weiterhin gern in den Dienst der Gemeinde Köniz zu stellen. Die Gemeinde Köniz muss als Arbeitgeberin konkurrenzfähig sein. Aus unserer Sicht ist der Teuerungsausgleich deshalb nicht nur geschuldet, sondern auch gut investiert. Man kann hier nicht einfach über das bestehende Lohnreglement hinweg befinden. Dazu ist vorab gesetzgeberische Arbeit notwendig.

Für uns Grüne ist der Voranschlag das Ergebnis einer vernünftigen, sorgfältigen und kohärenten Finanzpolitik, der auf dem Boden der Realität das finanzpolitisch Gebotene verfolgt, ohne über die Verhältnisse zu leben. Wir sind froh, dass der Bilanzfehlbetrag definitiv abgebaut ist und neu Eigenkapital gebildet werden kann. Damit wird der finanzielle Handlungsspielraum wieder grösser. Grund zum Jubeln herrscht auch aus unserer Sicht nicht, wie der kritische Blick auf die Finanzkennzahlen zeigt. Die Finanzkennzahlen sollten in der Bewertung eigentlich überall zumindest ein Gut erreichen. Wir finden es jedoch richtig, dass der Voranschlag beim Sachaufwand dem Nachholbedarf im Unterhalt der Infrastruktur Rechnung trägt und dass der Investitionsanteil der Gemeinde verbessert wird. Die Gemeinde soll ausserdem weiterhin moderat wachsen können. Deshalb muss sie ständig an ihrer Attraktivität arbeiten. Das geht nicht ohne die vorgeschlagenen moderaten Investitionen. Wachstum generiert als Gegenleistung aber auch Erträge, dies allerdings erst nach den Investitionen. Insgesamt gilt es, dem Bestehenden Sorge zu tragen, den Nachholbedarf aufzuholen und moderat zu investieren. Es versteht sich von allein, dass unter diesen Umständen eine Steuersenkung zum jetzigen Zeitpunkt finanzpolitisch absolut verfrüht wäre. Das zeigt auch die den Unterlagen beiliegende Budgetvariante des Gemeinderates deutlich. Wir unterstützen die Strategie des Gemeinderates, eine Steuersenkung erst dann ins Auge zu fassen, wenn genügend Eigenkapital vorhanden ist und die Auswirkungen der kantonalen Steuergesetzrevision und die anderen Auswirkungen der bundesrechtlichen Vorgaben erfolgreich verdaut sind.

Noch ein Wort zur Beilage "Budgetvariante mit Steuersenkung um 0,9 Zehntel", die uns der Gemeinderat aufgrund einer Motion der FDP (0719) vorlegt: Es sind keine wirklich gangbaren Vorschläge. Die Kürzungen würden z. B. Geschäfte betreffen, denen wir im Parlament wohlüberlegt zugestimmt haben. Ansonsten könnte man sich die Frage stellen, für was wir während des Jahres überhaupt über solche Geschäfte beschliessen. Verschobene Bauvorhaben werden ausserdem nicht billiger, sondern in aller Regel teurer. Andere Kürzungen betreffen durchaus notwendigen Unterhalt und Sanierungen von öffentlichen Gebäuden und Strassen. Auch diese Aufgaben können nicht immer weiter hinausgeschoben werden. Es wäre relativ gefährlich, erkannten Sanierungsbedarf für die Verbesserung der Verkehrssicherheit immer wieder zu verschieben; Stichwort Kirchstrasse. Andere Positionen betreffen aber auch, wie vom Gemeindepräsident erwähnt, anerkannte und gesellschaftlich unbestrittene wichtige Investitionen im Schulsozialbereich, bei der Lehrstellenvermittlung und andernorts.

Schlusswort: Es macht keinen Sinn, hier an einzelnen Konten zu schrauben, weil das Parlament mit dem IAFP und dem Planungsbeschluss ein neues, viel besseres Steuerungsinstrument erhalten hat.

Hermann Gysel (EVP): Aus der CVP/EVP-Fraktion möchte ich folgende Punkte zum Voranschlag 2008 einbringen. Wir sprechen hier vom "gegenwärtigen Stand des Irrtums", der zwei Seiten hat: Eine Einnahmen- und eine Ausgabenseite. Bei den Einnahmen sind wir gerne vorsichtig und lassen uns – hoffentlich – positiv überraschen. Die Ausgaben sollen ein Instrument sein, damit wir als Gemeinde überhaupt funktionieren können. Deshalb werden wir dem Voranschlag 2008 sicher zustimmen. Schlussendlich ist die Gretchenfrage: Wie hält es der Voranschlag 2008 mit der Sparsamkeit, oder, wie vom Gemeindepräsidenten vorhin erwähnt, mit der Budgetdisziplin? Was können wir vom Gemeinderat und von der Verwaltung erwarten? Wie sorgfältig wird mit dem Steuerfranken und mit den Abgaben umgegangen? In der Diskussion war wiederholt das Wort "Attraktivitätssteigerung" zu hören. Die einen denken hier vor allem an die Pflege des Steuersubstrates, d. h. möglichst viele Firmen – die hoffentlich Gewinn erwirtschaften – und vermögende Personen zu einem Zuzug in die Gemeinde Köniz zu bewegen. Auf der anderen Seite höre ich, es müsse Ziel sein, dass die Einwohnenden möglichst wenig Steuern bezahlen sollen. Unserer Fraktion geht es jedoch eher um den Erhalt und, wenn es möglich ist, um die Verbesserung der Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Köniz. In dem Sinn ist der Voranschlag 2008 eine sinnvolle Vorgehensweise.

Kurz noch zur Frage des Ausgleichs des Teuerungsrückstandes: Wie Christoph Salzmann erwähnte, wurde dem Personal der volle Ausgleich der Teuerung von 1997 bis 2005 nicht immer gewährt. Mir liegen Zahlen vor, die besagen, dass der Teuerungsausgleich Mitte der Neunzigerjahre nicht gewährt worden ist. Gemeindepräsident Luc Menthag sagte, das Gemeindepersonal sei die wertvollste Ressource, was in meinen Augen stimmt. Das Personal verdient es auch, entsprechend behandelt zu werden. Ein prozentualer Ausgleich ist jedoch nicht

die ideale Lösung. Im Lohnreglement ist dies zwar festgehalten, das muss deshalb entsprechend angepasst werden. Wie gehen wir nun vor? Mit dem so genannten Giesskannenprinzip trifft es alle nur prozentual gleich. Wie kann ein in guten Jahren angefallener Betrag dem Personal sozial, leistungsgerecht und anforderungsspezifisch weitergegeben werden? Hier hat der Gemeinderat noch Aufgaben zu lösen. Einzelne Mitglieder unserer Fraktion werden dem Antrag der GPK zustimmen.

Daniel Oester (jfk): Bevor ich meinen Kommentar zum Voranschlag 2008 abgebe, komme ich zurück auf das Wort Planung: Aufgrund der abgegebenen Äusserungen frage ich mich, auf was ich mich als Parlamentarier stützen soll, wenn die uns präsentierte Planung nur ein Zusammenzug von falschen Zahlen sein soll? Wie soll das Controlling erfolgen? Für mich ist hier die Verbindlichkeit der Aussagen zu hoch und schlussendlich eine Geringschätzung der Arbeit der Verwaltung.

Wie Sie unseren Voten entnehmen können, werden wir den Voranschlag 2008 ablehnen. Ich erläutere im Detail weshalb: Die Nachhaltigkeit ist ein grosses Thema und ihr wird besonders im ökologischen Bereich grosses Gewicht beigemessen. Wir Jungfreisinnigen sehen Nachhaltigkeit aber in einem grösseren Zusammenhang. Soziale, gesellschaftliche, ethische und finanzielle Nachhaltigkeit sind uns wichtig. Ökologische, soziale und gesellschaftliche Nachhaltigkeit ist oftmals mit Geldausgaben verbunden und deshalb etwas einfacher zu vertreten als finanzielle Nachhaltigkeit, die manchmal weh tut. Der uns vorliegende IAFP – auf den ich mich abstützen muss – zeigt für die kommenden Jahre ein nicht unbedingt positives Bild über die Entwicklung der Gemeindefinanzen. Ab dem Jahr 2009 sind ohne ausserordentliche Erträge wieder Defizite absehbar. Wir Jungfreisinnigen möchten jedoch nicht jedes Jahr zu so genannten "Cowboys" oder "hip shooters" werden, d. h. wir möchten Christoph Salzmann nicht jedes Jahr noch ein Haar ausreissen und hier und dort noch einige Hunderttausend Franken einsparen, sondern eine nachhaltige Finanzpolitik betreiben. Wir sind der Meinung, das vorliegende Budget trage den nachfolgenden aus unserer Sicht schwierigen Planjahren zu wenig Rechnung. Das Aufwandwachstum liegt mit fast 6 Prozent – gemäss Hochrechnung 2007 im IAFP – deutlich über dem prognostizierten BIP-Wachstum für 2008. Würde das Aufwandwachstum halbiert, lägen wir immer noch deutlich über dem Wirtschaftswachstum, damit wären jedoch Einsparungen in Millionenhöhe verbunden. Einsparungen in Millionenhöhe zu fordern, wäre nicht ganz realistisch, obwohl dies in unserem Verständnis am ehesten einer nachhaltigen Finanzpolitik entsprechen würde. Mit diesem Kraftakt wäre ein grosser Teil der zukünftigen Probleme bereits heute gelöst. Ich verweise auf Seite 5 des IAFP. Probleme heute zu lösen ist einfacher als sie auf morgen zu verschieben, um so mehr als in Zukunft insbesondere die Einnahmen – ich verweise auf die Suprimekrise in den USA und auf die nicht abschätzbaren Folgen für die Wirtschaft in Europa und in der Schweiz – mit vielen Unbekannten verbunden sind. Wir fordern daher den Gemeinderat auf, nicht bereits in seinem ersten Jahr der neuen Finanzstrategie ein wichtiges Ziel – ein ausgeglichenes Rechnungsergebnis ohne Berücksichtigung von Sondererträgen – nicht zu erreichen. Durch die Elimination des Bilanzfehlbetrages fällt aus unserer Sicht eine Sanierungsmassnahme, der reduzierte Abschreibungssatz, weg. Bei einem Abschreibungssatz von 10 Prozent wären zusätzliche Abschreibungen von 1,75 Millionen Franken notwendig. Um ein ausgeglichenes Ergebnis nach erhöhten Abschreibungen zu erreichen, müssten somit 0,9 Millionen Franken eingespart werden. Aufgrund der fehlenden Kohärenz von Strategieplanung und Voranschlag, des negativen Ergebnisses bei der Ausklammerung von ausserordentlichen Erträgen und der überproportionalen Aufwandsteigerung, lehnen wir den vorliegenden Voranschlag 2008 ab.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Wie gehört, hat das Personal seit 1997 einen Rückstand auf den Teuerungsausgleich. Gemäss Auskunft der Finanzabteilung beläuft sich der Betrag, den das Personal einzusparen geholfen hat, auf sage und schreibe 12 Millionen Franken. Wenn die Gemeinde jeweils den vollen Teuerungsausgleich ausbezahlt hätte, würden wir also um 12 Millionen Franken schlechter dastehen. Umgerechnet auf rund 400 Gemeindeangestellte macht das 30'000 Franken Reallohnneinbusse pro angestellte Person aus. Angestellte mit höheren Einkommen mussten prozentual höhere Lohneinbussen in Kauf nehmen als jene mit tieferen. Unsere Gemeindekasse würde somit nicht einen Gewinn von 5 Millionen Franken, sondern immer noch einen Bilanzfehlbetrag von 7 Millionen Franken ausweisen. Wir Grünen sind deshalb der Meinung, es sei rechtens, mit dem vorliegenden positiven Rechnungsabschluss, ein Zeichen zu setzen und 0,4 Prozent Teuerungsrückstand aufzuholen. Das ist in

unseren Augen das absolute Minimum für die Reallohnwiederherstellung. Beim Bund wird der Rückstand auf die Teuerung mit 4 Prozent nachgeholt. Im Kommentar im IAFP ist auf Seite 63 nachzulesen, dass deutlich mehr freiwillige Kündigungen zu gewärtigen sind als in früheren Jahren. Das Budget für die Inseratekosten musste unter anderem aus diesem Grund aufgestockt werden. Der Arbeitsmarkt ist im Moment sehr attraktiv und dadurch die Gemeinde als Arbeitgeberin etwas weniger. Wird der Teuerungsrückstand nun aufgeholt, wird die Gemeinde als Arbeitgeberin wieder attraktiver. Sparen kostet auch in diesem Fall zuerst etwas. Gemäss Auskunft der Gemeindeverwaltung rechnet man bei einem Stellenwechsel mit Kosten von sechs Monatslöhnen und beim Wechsel in einer Führungsposition sogar mit 12 Monatsgehältern. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Gemeinde Köniz eine attraktive und zuverlässige Arbeitgeberin ist. Mit einer möglichst kleinen Fluktuationsrate können Kosten gespart werden. Deshalb bitten wir Sie, den Antrag der GPK abzulehnen.

Christian Roth (SP): Die Mitglieder der SP-Fraktion werden den Antrag der GPK ebenfalls ablehnen. Ich erwähne einige in meinen Augen wichtige Punkte: Erstens hat das Personal in den vergangenen Jahren auf den vollen Ausgleich der Teuerung verzichtet und damit einen eindrücklichen Beitrag zur Sanierung der Gemeindefinanzen geleistet. Dafür möchte ich im Namen der SP ganz herzlich danken. Zweitens haben wir gehört, dass der Finanzplan der Gemeinde Köniz wieder etwas rosiger aussieht. Jetzt ist es an der Zeit, dem Personal den Teuerungsrückstand portionenweise wieder zurückzugeben. Wir sind hier in der personalpolitischen Verpflichtung und der moralischen Verantwortung. Der Teuerungsausgleich dient zum einen der Kaufkrafterhaltung des Gemeindepersonals und zum anderen – das möchte ich betonen – müssen wir dafür sorgen, dass die Gemeinde Köniz eine attraktive Arbeitgeberin bleibt. Ich stelle hier einen Vergleich an: Der Kanton wird die Löhne um 2 Prozent erhöhen, d. h. Teuerung plus individuelle Lohnerhöhungen. Der Bund wird die Teuerung ausgleichen und ab 2009 Realloohnerhöhungen aussprechen. Die Gemeinde Köniz darf hier nicht "schmürzeln". Eine hohe Fluktuationsrate bei den Angestellten und ein aktuell im Bereich der Fachkräfte ausgetrockneter Arbeitsmarkt, zeigen uns, dass wir, um konkurrenzfähig zu bleiben, keine falschen Signale aussenden dürfen. Damit uns von der SP nicht vorgeworfen wird, wir würden keinen Blick in die Privatwirtschaft werfen: In der Privatwirtschaft wird die Teuerung in fast sämtlichen Branchen mit 2 Prozent ausgeglichen, d. h. es findet eine generelle Lohnerhöhung statt. Denn den Personalverantwortlichen in der Privatwirtschaft ist bewusst, dass gutes Personal seinen Preis hat. Nun nehme ich noch Stellung zu den im Raum stehenden Ideen, den Teuerungsrückstand nicht nach dem so genannten Giesskannenprinzip, sondern nach individuellen Kriterien auszubezahlen: Damit habe ich grosse Mühe, denn Teuerung trifft alle und ist per se eine Giesskanne, ob nun viel oder wenig Geld vorhanden ist. Deshalb muss auch der Teuerungsausgleich grundsätzlich eine Giesskanne sein, so unattraktiv dies scheinen mag. Es geht nicht an, eine Kaufkraftbereinigung an irgendwelche Kriterien zu binden. Ich gebe ein Beispiel: Wenn wir als Gärtner nicht allen Blumen gleichviel Wasser geben, wird früher oder später die eine oder andere eingehen. Wollen wir als Gärtner attraktiv bleiben, müssen wir unsere Blumen pflegen. In diesem Sinn möchte ich Sie bitten, den Antrag der GPK abzulehnen, denn wir wollen als Partner seriös und als Arbeitgeberin attraktiv bleiben.

Bernhard Bichsel (jfk): Wenn die SP schon einen Blick in die Privatwirtschaft wirft, dann bitte richtig. Mir ist kein Unternehmen bekannt, das Teuerungsrückstände ausgleicht. Wenn in der Industrie infolge rezessiver Phasen kein Teuerungsausgleich stattfindet, wird der Rückstand nicht aufgeholt. Ich möchte zum Antrag der GPK erklären: Niemand spricht davon, diesen Teuerungsrückstand nicht aufzuholen. Wir diskutieren hier darüber, in welcher Form er ausbezahlt wird. In der Privatwirtschaft sind Instrumente vorhanden, die Teuerung aufgrund der individuellen Leistungen auszurichten. In meinen Augen ist es nicht korrekt, zu erklären, der Teuerungsausgleich habe prozentual zu erfolgen. Für ein Jahresgehalt von 60'000 Franken werden bei 1 Prozent Jahresteuern 50 Franken pro Monat ausbezahlt, bei 200'000 Franken sind dies monatlich bereits 170 Franken. Wie ich erwähnt habe, ziehen die jüngeren Arbeitnehmenden in solchen Fällen immer den Kürzeren.

Christian Roth (SP): Wenn wir einen Blick in die Privatwirtschaft werfen, zeigt eine Studie der UBS Folgendes auf: Man erwartet eine Jahresteuern von rund 1 Prozent und im Branchendurchschnitt erfolgt eine Lohnerhöhung von 2,4 Prozent. Damit muss nachträglich kein Teuerungsrückstand ausgeglichen werden, denn es findet eine Realloohnerhöhung statt. Zum Argument, dass die jüngeren Arbeitnehmenden in diesem Bereich den Kürzeren ziehen: Tat-

sache ist, dass sie mit einem tiefen Lohn in den Arbeitsmarkt einsteigen müssen. Diese Situation kann nicht wegdiskutiert werden. Hier dürfen in meinen Augen nicht zwei Dinge miteinander vermischt werden.

Bernhard Bichsel jfk): Wenn in einem Lohnsystem gleicher Lohn für gleiche Arbeit vorhanden ist, ist auch kein Problem in Bezug auf Geschlecht oder Alter vorhanden. In der Privatwirtschaft ist der Leistungslohn üblich. Mir ist bewusst, dass die Bemessung von Leistungslohn in der Verwaltung sicher schwieriger ist. Nichtsdestotrotz muss versucht werden, die Leistungsträger zu belohnen und nicht per se die ganze Verwaltung.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Ich nehme mit Freude zur Kenntnis, dass vor allem vonseiten der FDP auf eine Verflachung der Lohnskalen gedrängt wird. Ich höre heute ständig Argumente dafür, die Löhne sozialer zu gestalten. Bei den hohen Einkommen soll die Teuerung etwas weniger ausgeglichen werden als bei den tieferen. Verfolgen wir diese Logik weiter, würde eine starke Inflation jedoch bewirken, dass am Schluss fast alle denselben Lohn beziehen.

Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke für die vielen positiven und in meinen Augen erfreulichen Voten. Mit einigen negativen Einschätzungen war zu rechnen. Wir haben keinen Grund, uns über den Voranschlag 2008 heftig zu streiten. Einen Punkt nehme ich auf: Der Jungfreisinn machte auf das Auseinanderklaffen zwischen Finanzplan und Voranschlag beziehungsweise Strategie aufmerksam. Dem verstärkten Controlling und der verstärkten Plankonformität wurde nochmals das Wort geredet. Ich möchte hiezu sagen, dass die Finanzpolitik des Gemeinderates an der Zielerreichung und an den Rechnungsergebnissen gemessen werden muss. In der Privatwirtschaft, z. B. in der UBS sind Hunderte von Spezialisten – Versicherungsmathematiker, Revisoren – darauf angesetzt, Pläne zu erstellen. Innerhalb von wenigen Monaten wurden nichtsdestotrotz rund 4 Milliarden Franken in den Sand gesetzt und das Unternehmen ist um einen zweistelligen Milliardenbetrag in Bezug auf den kapitalisierten Wert kleiner geworden. So viel zu Controlling und zur Planwirtschaft in der Privatwirtschaft. Der Gemeinderat erkennt jedoch, dass zwischen Plan und Zielsetzungen gewisse Spannungsfelder vorhanden sind. Er will Prioritäten setzen und auch er sieht Handlungsbedarf. Ich bin froh, dass uns vom Jungfreisinn signalisiert wird, dass Divergenzen vorhanden sind, und um den nötigen Rückhalt im Parlament, wenn das eine oder andere Mal Nein gesagt werden muss.

Es ist kein Grund vorhanden, den vorliegenden Voranschlag 2008 zu zerzausen. Die Personalkosten sind im Griff, im Voranschlag sind Teuerungsentscheide und Beförderungen enthalten. Die Pensionskasse musste ihren Beitragsentscheid rückgängig machen, der im Übrigen vorbehalten war, wie im Sanierungspaket offengelegt worden ist. Der Betrag, der in der Aufwandsteigerung dafür enthalten ist, ist beim Personalaufwand mehr als aufgefangen. Der Überschuss vor Abschreibungen erlaubt uns, sämtliche Abschreibungen vorzunehmen. Das war im letzten Jahr noch nicht der Fall und wurde durch Stefan Lehmann entsprechend kritisiert. Hier hat nun eine Trendwende stattgefunden. Sicher ist richtig, dass sich die gute Konjunktur auf den Voranschlag auswirkt. Auch dies wird vom Gemeinderat nicht bestritten. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass sich die gute Konjunktur bei allen Gemeinden rund um Bern manifestiert und 12 Gemeinden trotzdem für 2008 ein Defizit budgetieren. Dies wird vor allem mit höheren Ausgaben in den Transferhaushalt begründet, die nicht aufgefangen werden können. Die Gemeinde Köniz kann die erhöhten Zahlungen in den Transferhaushalt in grösserem Umfang auffangen. Gegenüber der Rechnung 2006 wurde im Transferhaushalt eine Steigerung von 10,3 Prozent oder 6,1 Million Franken wettgemacht. Auch das zeigt, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden. Die sechs grössten Städte im Kanton Bern – mit Ausnahme von Köniz – budgetieren für 2008 entweder ein Defizit oder eine schwarze Null. Ich will den vorliegenden Voranschlag richtig positioniert haben und verhehle nicht, dass wir im Gemeinderat stolz darauf sind, die Trendwende geschafft zu haben.

Zur Teuerung: Ich weise zunächst formell darauf hin, dass der Antrag der GPK ein so genannter Nonvaleur, d. h. rechtlich nicht zulässig ist. Wie erwähnt muss im richtigen Konto ein Kürzungsantrag gestellt werden. Mich freut die Feststellung, dass die Aufholung des Teuerungsrückstandes von 1,2 Prozent offensichtlich von keiner Fraktion bestritten wird. Es zeichnet sich eine Mehrheit ab, die eine erste Tranche von 0,41 Prozent in diesem Jahr realisieren will. Auch dafür danke ich herzlich. In Abs. 4 von Art. 9 des Lohnreglements ist festgehalten,

dass der gekürzte Teuerungsausgleich in späteren Jahren mittels Anpassung des massgebenden Indexes auf den Jahresanfang ausgeglichen werden kann, soweit es die finanzielle Lage der Gemeinde, die Konjunkturlage und die Entwicklung der Löhne der öffentlichen Gemeinwesen zulassen. Diese drei Voraussetzungen sind alle gegeben und wir verhalten uns beim Aufholen des Teuerungsrückstandes genau gleich wie das Eidgenössische Finanzdepartement unter der Leitung von Bundesrat Merz. Wir verhalten uns genau gleich wie die Kantonale Finanzdirektion unter der Leitung von Regierungsrat Gasche. Hier werden für mich nicht nachvollziehbare Argumente ins Spiel gebracht. Die Kaufkraftsicherung als Ziel des Teuerungsausgleichs ist nicht nur für die unteren Einkommen als Erhaltung des Grundbedarfs gedacht. Es geht nicht um das so genannte Giesskannenprinzip, auch dieses Bild ist völlig falsch. Es geht um die Kaufkraftsicherung im Sinne einer gerechten und rechtsgleichen Behandlung des Gemeindepersonals, die verhindert, dass die Löhne real sinken. Wenn der Teuerungsausgleich nur bei unteren Einkommen gewährt werden soll, wird das ganze Lohngefüge durcheinander gebracht, das vor kurzem durch den Gemeinderat sehr eingehend überprüft wurde. Jede einzelne Funktion wurde beurteilt und hinterfragt, ob der bezahlte Lohn gerechtfertigt ist. Wird der Teuerungsausgleich bei mittleren und höheren Einkommen nicht gewährt, findet in den Kaderpositionen ein Reallohnabbau statt. Der Bund, wo weitaus höhere Löhne bezahlt werden, plant für 2009 Realloohnerhöhungen. Richtig wurde erwähnt, dass Art. 9 eine Kann-Vorschrift ist. Ich glaube auch nicht, dass klagbare Ansprüche bestehen. Grundsätzlich ist die Teuerung jedoch auszugleichen. In Abs. 1 von Art. 9 ist festgehalten, dass der Gemeinderat zur Erhaltung der Kaufkraft jährlich den Grundlohn, die Sozialzulagen sowie die von ihm als ausgleichsberechtigt bezeichneten Zulagen anpasst. Das Lohnreglement wurde am 17. März 1997 erlassen. Nun, da die Gemeinde Köniz finanziell besser dasteht und eine Steuersenkung geplant ist, soll der Teuerungsrückstand aufgeholt werden. Es geht auch hier um abgegebene Versprechen. Die Sparmassnahmen der letzten Jahre wirkten sich beim Personal nicht nur in Bezug auf den Lohn aus und sie wurden mitgetragen. Nun müssen wir fair sein und den Teuerungsrückstand – dem Geist des Lohnreglements folgend – ausgleichen. Der Antrag der GPK ist ein schlechtes Zeichen gegenüber dem Personal und hinterlässt einen schalen Nachgeschmack. Wir wollen im Gemeinderat nicht überborden und – wie der Bund – den ganzen Teuerungsrückstand auf einen Schlag ausgleichen. Wir nehmen Rücksicht auf die anderen Ziele der Finanzstrategie und tun einen ersten Schritt mit der Gewährung eines Drittels Aufholung Teuerungsrückstand. Die Personalverbände haben im Übrigen mehr gefordert. Ich möchte von meiner Seite darauf hinweisen, dass wir Mühe haben, gewisse Stellen zu besetzen, weil der Arbeitsmarkt ausgetrocknet ist. Wir haben eine stark erhöhte Fluktuationsrate zu gewärtigen und der aktuelle Arbeitsmarkt zeigt, dass wir unsere Konkurrenzfähigkeit erhalten müssen. Diese Situation verträgt keine falschen Signale. Der Lohn ist nicht alles, aber ein wichtiger Bestandteil der Konkurrenzfähigkeit und deshalb bitte ich Sie, soweit der Antrag überhaupt gestellt wird, diesen abzuweisen.

Detailberatung

Direktion Präsidiales und Finanzen

Harald Henggi (FDP): Ich setze den Beschluss der GPK in folgenden Antrag um: Mit 4 : 3 Stimmen stellt die GPK den Antrag, im Voranschlag 2008 nur die Teuerung von 1,09 Prozent auszugleichen. Entsprechend ist das Konto 105.302.70 um 330'000 Franken zu kürzen.

Christian Roth (SP): Ich stelle zuhanden des Protokolls klar, dass die Mitglieder der SP-Fraktion den Antrag ablehnen. Wir sind einhellig der Meinung, mit diesem Antrag dem Personal etwas wegzunehmen und das ist nicht der richtige Weg.

Mark Stucki (FDP): Wir werden dem Antrag zustimmen. Ich wiederhole nochmals, dass für uns unbestritten ist, dass das Personal die aktuelle Teuerung von 1,09 Prozent ausbezahlt erhält. Unbestritten ist auch, dass ein Teuerungsrückstand vorhanden ist. Uns stellen sich einzig die Frage, wie und zu welchem Zeitpunkt dieser Teuerungsrückstand ausgeglichen werden soll. Es geht uns nicht darum, dem Personal etwas vorzuenthalten, sondern darum, eine saubere Analyse vorzunehmen. Aufgrund dieses Ergebnisses soll dann der Teuerungsrückstand ausgeglichen werden.

Liz Fischli (Grüne): Die Fraktion der Grünen Köniz wird den Antrag ablehnen. Die Gründe dafür wurden mannigfach genannt.

Der Antrag der GPK, im Voranschlag 2008 nur die Teuerung von 1,09 Prozent auszugleichen und dementsprechend das Konto 105.302 (Unterrubrik 105.302.70, Pauschale Aufwandkorrektur GR) um 330'000 Franken zu kürzen, wird mit 26 : 10 Stimmen (2 Enthaltungen) abgelehnt.

Mit 25 : 2 Stimmen (11 Enthaltungen) fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. Das Parlament genehmigt den Voranschlag der Laufenden Rechnung 2008, der bei einem

Gesamtertrag von	Fr. 194'861'079.00
Gesamtaufwand von	Fr. 193'989'979.00
einen Gesamtüberschuss von	Fr. 871'000.00

ausweist.

Mit 29 : 0 Stimmen (9 Enthaltungen) fasst das Parlament folgenden

Beschluss

2. Im Jahr 2008 sind folgende Steuern zu erheben:
 - die ordentliche Gemeindesteuer im 1,54-fachen Betrag der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze
 - die Liegenschaftssteuer von 1,2 % auf dem amtlichen Wert der Liegenschaft
 - die Hundetaxe von Fr. 100.00 für jeden in der Gemeinde gehaltenen Hund.

Thomas Herren (22.05 Uhr), Peter Antenen (22.20 Uhr) und Hanspeter Kohler (22.30 Uhr) verlassen das Parlament während der Beratung über das nächste Traktandum.

6. Konzept "Altern in der Gemeinde Köniz"

Kenntnisnahme; Direktion Bildung und Soziales

Alfred Arm (SP; GPK-Sprecher): "Nicht die Jahre in unserem Leben zählen, sondern das Leben in unseren Jahren", steht als Eingangszitat auf dem Titelbild des Konzepts "Altern in der Gemeinde Köniz". Genau darum geht es: Um Lebensqualität im Alter, um Grundversorgung für alle. Der Kanton Bern verlangt von den Gemeinden das Vorhandensein bestimmter Grundlagen, um Ermächtigungen für seine Angebote zu erteilen. Das vorliegende Konzept ist nicht einfach so aus dem Blauen heraus entstanden, sondern schliesst an den Spitexbericht aus dem Jahr 1988 und an die Altersplanung aus dem Jahr 1996 an. Die Umfrage der Alterskonferenz aus dem Jahr 2005 und der Bericht der Alterskonferenz werden – zumindest teilweise – mit eingeschlossen. Das Konzept "Altern in der Gemeinde Köniz" wurde an der KSF-Sitzung im August im Rahmen der Vernehmlassung diskutiert. Ich danke der DBS dafür. Wir konnten wichtige Anregungen einbringen. Der erste Anhang im Konzept "Massnahmen und Umsetzungsplanung" kam auf Anregung der KSF zustande.

Betrachten wir das Konzept zuerst nun danach, wohin die Mittel fliessen sollen. Die Gewährleistung von Pflege und Betreuung zu Hause wird die grössten Kosten verursachen. Immer mehr Seniorinnen und Senioren können immer länger zu Hause gepflegt und verpflegt werden. Hier ist eine gute Grundversorgung nötig. Es ist ein unbestrittenes Ziel, dass unseren Seniorinnen und Senioren die Möglichkeit geboten werden soll, möglichst lange zu Hause bleiben zu können. Mit hohen Investitionen ist auch im Bereich Alters- und Pflegeheimplätze zu rechnen. Diese Kosten werden nicht zu vermeiden sein und sind mit der Demografie zu begründen wie auch aus der Änderung des Subventionierungsschlüssels zu Lasten der Gemeinden. Die Kostensteigerung im Bereich der Freiwilligenarbeit ist dadurch zu begründen, dass diese Arbeit aufgewertet und das bestehende Freiwilligen-Netzwerk in der Gemeinde Köniz professionalisiert werden sollen. Viele Förderungen sind glücklicherweise nicht mit hohen Kosten verbunden oder sogar kostenneutral wie in den Bereichen Migration, Kultur, Bildung und Sport, soziale Aktivitäten, Kommunikation, Bau- und Wohnberatung, Gesundheitsförderung und Bildungsangebote für pflegende Angehörige.

Hohe Kosten, und auch ein hohes Wachstum, fallen im hauspflegerischen und hauswirtschaftlichen Bereich an. Die Kosten werden von 1,8 Millionen Franken im Jahr 2005 auf 5,1 Millionen Franken im Jahr 2030 steigen, das bedeutet fast eine Verdreifachung innert 25 Jah-

ren. Das ist nicht nur auf das höhere Alter und die zunehmende Anzahl älterer Mitmenschen zurückzuführen, sondern auch auf die Änderung des Subventionsschlüssels zu Ungunsten der Gemeinden.

Einige Punkte im Konzept wurden in der GPK und zum Teil auch in der KSF kritisch erwähnt: Erwünscht wäre eine noch deutlichere Gewichtung der Gesundheits- und Präventionsförderung, z. B. im politischen Auftrag oder mit der Zurverfügungstellung von mehr Mitteln. Auch wurde kritisiert, dass auf Seite 11 folgender Auftrag zusätzlich eingefügt wurde: "Die Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für private Anbieter bzw. Investoren im Altersbereich." Der Altersbereich soll kein Tummelfeld von Profitjägern werden. Ausserdem ist nicht klar, wie die Umschreibung "günstige Rahmenbedingungen" zu verstehen ist. Für Information und Kommunikation sind nur zusätzliche Mittel von 2'000 Franken vorgesehen. Die Frage tauchte auf, wie die als Postulat erheblich erklärte Motion Senioreninformation – alles auf einen Blick (0704) umgesetzt werden soll. Die zur Verfügung gestellten Mittel reichen keineswegs für die Realisierung eines Wegweisers oder einer Broschüre. Ebenfalls wurde als Kritik erwähnt, dass ältere Menschen mit kleinem Einkommen das Gefühl haben, für sie werde zu wenig getan. Ich stelle hier klar, dass dem nicht so ist, denn jeder Mensch hat Anrecht auf Spitex-Leistungen oder, wenn nötig, auf einen Platz in einem Alters- oder Pflegeheim. Hier herrscht Informationsunsicherheit, die durch das Vorhandensein von geeigneter Senioreninformation behoben werden könnte.

Ich fasse zusammen: Alles in allem stimmen Richtung und Inhalt des Alterskonzeptes. Die GPK schloss sich weitgehend der Vorprüfung der KSF unter anderem aus folgenden Gründen an: Das Konzept ist zukunftsweisend. Es arbeitet mit klaren Leitsätzen, die nicht bestritten sind. Es deckt mit seinen 11 Bereichen die wesentliche Umwelt der Seniorinnen und Senioren ab. In verschiedenen Bereichen sind Gesundheitsförderung und –prävention teilweise integriert worden. Wir danken der Verwaltung für die grosse und umfassende Arbeit. Die GPK empfiehlt, dem Parlament mit 5 Stimmen zustimmend und 2 Stimmen teilweise zustimmend, vom Konzept "Altern in der Gemeinde Köniz" Kenntnis zu nehmen.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Elsbeth Troxler (SP): Heute haben wir lange genug über Geld und Finanzen debattiert, nun beraten wir über das Konzept "Altern in der Gemeinde Köniz" und hier spreche ich als einziges direkt betroffenes Parlamentsmitglied. Ich frage Sie, was Ihnen beim Begriff "die Alten" in den Sinn kommt. Ist es die verwirrte 80-jährige Frau im Pflegeheim oder der 70-jährige rüstige Wanderer? Ist es die geistig topfitte, quirlige fast 90-jährige Frau, die lebhaft Anteil am aktuellen Weltgeschehen teilnimmt und mit ihren Urgrosskindern spielt? Oder ist es der 80-jährige Mann im Rollstuhl, der im Pflegeheim nur noch auf seinen Tod zu warten scheint? Das Alter hat viele Gesichter, viele Ausdrucksformen und wir alle müssen uns vor Einseitigkeit hüten; das nicht nur im Bereich Alter.

Im Konzept "Altern in der Gemeinde Köniz" geht es darum, die Bedürfnisse der alten Menschen entsprechend differenziert aufzunehmen. Aus meiner Sicht ist das mit dem vorliegenden Konzept gut gelungen, mein Gesamteindruck ist positiv. Ich finde vor allem die Grundsätze und Grundwerte gut, allem voran die Betonung der Wertschätzung der alten Menschen. Als direkt Betroffene ist mir das sehr wichtig, denn vielfach werden "die Alten" geringschätzig beurteilt und behandelt und viele kommen sich überflüssig vor. Hier könnten wir von afrikanischen oder asiatischen Kulturen nur lernen. Einerseits gefallen mir im Konzept auch die Grundsätze und Leitsätze, vor allem die Betonung von Eigenständigkeit und Selbstverantwortung. Andererseits ist im Konzept erwähnt, dass die öffentliche Hand dann aktiv werden soll, wenn die Selbstständigkeit beeinträchtigt ist. Dafür ist in der Gemeinde Köniz bereits ein breites Angebot an verschiedensten Dienstleistungen vorhanden. Dieses Angebot muss erhalten und bedarfsorientiert ausgebaut werden. Dazu ist das Konzept in meinen Augen ein gutes Arbeitsinstrument. Enttäuscht haben mich hingegen die dürftigen politischen Zielsetzungen. Liest man diese vier Sätze, tönt es sehr defizitorientiert und man kann zum Schluss kommen, das Alter bestehe nur aus Pflege und Betreuung. Dem ist jedoch nicht so. Ich verstehe das nicht, weil im Konzept ansonsten sehr differenziert auf die Situation und die Bedürfnisse der alten Leute eingegangen wird. Im Katalog der Massnahmen sind sehr viele gute Ideen aufgeführt und ebenso wurde ein Teil der Empfehlungen der Alterskonferenz aufgenommen. Bei der Umsetzungsplanung scheint mir jedoch Etliches unklar und mit vielen Fra-

gezeichnet verbunden zu sein. Die Mitglieder der SP-Fraktion werden Fahrplan und Umsetzung aufmerksam und kritisch verfolgen und gezielte Vorstösse unterstützen und ergänzen. Ich danke den zuständigen Abteilungen für die grosse und nach meinem Dafürhalten gute Arbeit. Die Mitglieder der SP-Fraktion nehmen mehrheitlich zustimmend Kenntnis vom Konzept "Altern in der Gemeinde Köniz".

Elisabeth Rüegsegger (SVP): Nach den vorhergehenden zahlenlastigen Geschäften ist es sicher nicht einfach, auf das Konzept "Altern in der Gemeinde Köniz" umzustellen. Zahlen und Geld sind auch hier wichtig, aber für Senioren und ihre Angehörigen zählen noch mehr das Vorhandensein von Wertschätzung, Vertrauen, Mitgefühl und Respekt. Man spürt, dass das Konzept mit Sachkenntnis, Verstand und Herz erarbeitet wurde. Klar formulierte Leitsätze und umfassende Verzeichnisse der Dienstleistungsangebote sind übersichtlich dargestellt und können jederzeit ergänzt werden. Aus eigener Erfahrung kann ich erklären, dass die Altersversorgung in unserer Gemeinde schon vor der Erarbeitung des Konzeptes gut klappte und alle Bedürfnisse der älteren Mitmenschen befriedigt werden konnten. Die Mitglieder der SVP-Fraktion nehmen einstimmig zustimmend Kenntnis vom Konzept "Altern in der Gemeinde Köniz" und danken allen Beteiligten für ihre kompetente und grosse Arbeit.

Ursula Wyss (Grüne): Vor uns liegt ein gutes und modernes Alterskonzept und ich danke Gemeinderat Ueli Studer und seinen Leuten ganz herzlich für diese Riesenarbeit. Das Konzept ist modular aufgebaut und kann entsprechend angepasst werden. Es trennt die Grundsätze von der Umsetzungsplanung und den Details. Es ist nicht zu detailliert, womit es morgen bereits wieder veraltet und überholt wäre. Es gibt einen guten Überblick über alles, was in der Gemeinde Köniz in den nächsten Jahren im Bereich Alter angepackt wird; es handelt sich um eine Art Richtschnur. Obschon der Kanton im Altersbereich einen grossen Teil der Steuerung innehat, haben wir in der Gemeinde doch gewissen Frei- und Spielraum. Es legt den Schwerpunkt ganz klar darauf, dass die Selbstständigkeit möglichst lange erhalten bleibt. Das zieht sich wie ein roter Faden durch das Konzept. Im Gegensatz zu Alfred Arm bin ich der Meinung, dass dies prominent positioniert ist und in jedem Kapitel wieder zum Vorschein kommt. Das Schlimmste, was man sich für sich selber vorstellen kann, ist, früh in ein Alters- oder Pflegeheim zu kommen und dort nur noch auf den Tod zu warten. Damit man möglichst lange selbstständig bleiben kann, sind eine gute Gesundheit, aber auch ein gutes Umfeld, eine kleinere Gefahr der Vereinsamung und Möglichkeiten für Treffen mit anderen – beim Turnen, Jassen, Kursbesuch – notwendig. Gerade so wichtig sind jedoch auch das Vorhandensein eines Mahlzeitendienstes, von Spitex, usw. All dies trägt dazu bei, dass man möglichst lange in seinen eigenen vier Wänden bleiben kann. Kurz gesagt: Körperliche und geistige Bewegung spielen eine grosse Rolle. Dazu ist ein grosses und gutes Angebot wichtig, wie es das Konzept enthält. Alfred Arm erwähnte auch, dass die Freiwilligenarbeit im ganzen Altersbereich eine grosse Rolle spielt, wie z. B. in der sozialen Betreuung oder mit der Übernahme von Beistandschaften. Immer mehr Pensionierte sind noch bei guter geistiger und körperlicher Gesundheit und können solche Aufgaben übernehmen. Dabei gewinnen beide Seiten, der Anspruchnehmer und der Anspruchgeber. Beide Seiten können, ganz im Sinne des Konzeptes, länger selbstständig bleiben. Wenn selbstständiges Wohnen jedoch nicht mehr möglich ist, ist wichtig zu wissen, welche Möglichkeiten die Gemeinde anbietet. Auch hier lässt das Alterskonzept verschiedene Varianten zu. Ganz gut ist in diesem Zusammenhang, dass die Gemeinde versucht, die nötigen Ausbauten von Pflegeheim- oder Altersheimplätzen so zu gestalten, dass sie, wenn sie nicht mehr gebraucht werden, rückgängig gemacht werden können. Natürlich muss viel des im Konzept Beschriebenen zuerst noch umgesetzt werden. Wir alle, Gemeinderat, Parlament und Verwaltung, sind aufgefordert, die beschriebenen Massnahmen wirklich zu realisieren, die dazu notwendigen Mittel zu sprechen und dafür zu sorgen, dass das Konzept kein Papiertiger bleibt und dass man in Köniz in Würde alt werden kann. Die Mitglieder der Fraktion der Grünen werden zustimmend Kenntnis nehmen vom Konzept "Altern in der Gemeinde Köniz".

Rolf Zwahlen (EVP): Die Mitglieder der CVP/EVP-Fraktion danken Gemeinderat Ueli Studer und den betroffenen Personen in der Verwaltung für die Erarbeitung des Konzeptes "Altern in der Gemeinde Köniz". Es wurde sorgfältig erarbeitet, modern und weitsichtig aufgebaut. Die Gliederung des Konzeptes ist sehr gut. Zuerst wird jeweils die Ausgangslage analysiert, danach sind Massnahmen und Strategien aufgeführt und dann die Nutzenerwartung und die Ziele. Die Finanzen sind in diesem Zusammenhang eher am Rande aufgeführt. Inhaltlich stehen wir

speziell hinter folgenden Punkten: Die Bestrebungen, die Eigenverantwortung und die Selbstständigkeit so lange wie möglich zu fördern, aber auch etwas einzufordern, unterstützen wir vollumfänglich. Wir wollen, wie das Konzept darlegt, der Entsolidarisierung der Gesellschaft entgegentreten und damit die Vereinsamung von Seniorinnen und Senioren möglichst verhindern. Freiwilligenarbeit, Nachbarschaftshilfe und Betreuung durch Angehörige sind unbedingt zu fördern. Dazu sind im Konzept Instrumente enthalten. Man will Öffentlichkeitsarbeit leisten. Ganz wichtig scheint mir die Zurverfügungstellung von ergänzenden Angeboten, damit Personen, die Verantwortung übernehmen wollen, nicht allein stehen; wie Tagesbetreuung, Ferienbetten sowie Schulung und Beratung. Ohne die direkte und solidarische Beteiligung der Gesellschaft wird die öffentliche Hand in Zukunft die vollumfängliche Betreuung und Versorgung der alten Menschen nicht mehr sicherstellen können. Die Mitglieder der CVP/EVP-Fraktion werden vom Konzept "Altern in der Gemeinde Köniz" zustimmend Kenntnis nehmen.

Evelyn Bühler (FDP): Die Mitglieder der FDP/jfk-Fraktion werden vom Konzept "Altern in der Gemeinde Köniz" zustimmend Kenntnis nehmen. Das Werk ist sehr umfassend und gut ausgearbeitet. Wenn es der Gemeinde Köniz wirklich gelingt, das vorliegende Konzept umzusetzen, wird sie auch für unsere Senioren sehr attraktiv bleiben. Besonders erfreulich ist die dem Konzept zu entnehmende liberale Grundhaltung. Sie kommt im Leitbild zum Ausdruck und – wie Ursula Wyss bereits erwähnte – zieht sich wie ein roter Faden durch alle Kapitel. Sie schlägt sich auch in der politischen Zielsetzung und im formulierten Auftrag nieder. Die älteren Menschen sollen eigenständig und in Selbstverantwortung handeln und entscheiden können. Erst wenn die Selbstständigkeit beeinträchtigt ist, werden subsidiär die erforderlichen Dienstleistungen angeboten. Die Gemeinde ermöglicht damit den älteren Einwohnenden, ihre Selbstständigkeit so lange wie möglich zu erhalten. Wir begrüßen auch die Absicht des Gemeinderates, nicht nur öffentliche Dienstleistungen zu fördern, sondern auch Private einzubeziehen, z. B. mit der Förderung von Nachbarschaftshilfe oder einem Netz von Freiwilligen. Gerade bei der Freiwilligenarbeit lässt sich vieles machen. Nicht nur Vereine, kirchliche Organisationen und Einzelpersonen können wichtige Beiträge zur Förderung des sozialen Kontakts und zur Verhinderung von Vereinsamung leisten, auch Senioren können hier aktiviert werden. Die FDP/jfk-Fraktion möchte den Gemeinderat ermuntern, gerade in diesem Bereich entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Noch ein Wort zur Prävention: Es wurde bemängelt, dass in der politischen Zielsetzung und im Auftrag die Prävention gar nicht erwähnt werde oder zu kurz komme. Dazu ist zu sagen, dass mit der möglichst langen Erhaltung der Selbstständigkeit bereits ein grosser Beitrag an die Prävention geleistet wird.

Stephie Staub (SP): Ich danke herzlich für das gute und moderne Konzept, das vor uns liegt. Im Gegensatz zu Elsbeth Troxler, die erklärte, von diesem Konzept bereits betroffen zu sein, bin ich dies heute noch nicht. Ich hoffe aber, dass das Konzept in 10, 15 Jahren umgesetzt ist und ich dannzumal davon profitieren kann. Betrachte ich das Konzept jedoch als Aussenstehende, die es nur schnell überfliegen will, wurden in meinen Augen zwei Anliegen verpasst: In Punkt 3, politische Zielsetzung und Auftrag sind keine Aussagen in Bezug auf Prävention oder Gesundheitsförderung zu finden. Das fehlt mir hier sehr. Im Inhaltsverzeichnis sind ausserdem der Massnahmen- und Umsetzungsplan nur unter Merkblätter, Register Anthrazit, zu finden. Auch das ist schade. Ansonsten freue ich mich auf die Umsetzung dieses guten Konzepts.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Zuerst danke ich herzlich für die gute und positive Aufnahme des Konzepts "Altern in der Gemeinde Köniz". Ich danke auch der KSF, die bereits vorberatend am Konzept mitwirkte. Ich danke an dieser Stelle auch all jenen ganz herzlich, die an der Vernehmlassung mitgearbeitet haben. Alle in der Gemeinde Köniz im Bereich Alter tätigen Institutionen haben massgeblich zur Erarbeitung des vorliegenden Konzepts beigetragen. Ein weiterer Dank gilt der Verwaltung, die mit der Erarbeitung dieses Konzepts – notabene ohne externe Beratung – Grosses leistete. Die Gemeinde Köniz verfügt bereits heute über ein breites Angebot an verschiedenen Einrichtungen und Dienstleistungen im Bereich Alter und Gesundheit. Es ist unsere Pflicht und Aufgabe, dazu Sorge zu tragen. Aber auch ein bedarfsorientierter Ausbau ist vorzunehmen, wenn wir den Herausforderungen der nächsten Jahre gerecht werden wollen (siehe demografische Entwicklung z. B. in der Studie Hornung). Wenn ich das Wort Herausforderung gebrauche, meine ich damit jene, die wir in den Leitsätzen aufzeigen. Ich picke hier nur einzelne heraus: So wird es z. B. eine grosse Herausforderung sein, im Bereich Migration, Integration den betreffenden Personen kulturspezifische

Angebote bereit zu stellen. Auch eine grosse Herausforderung wird das Thema Sicherheit sein. Viele ältere Personen haben Angst, sich im öffentlichen Raum zu bewegen, sei dies infolge des zunehmenden Verkehrs oder der zunehmenden Gewaltakte. Auch hier müssen Antworten gefunden werden. Freiwilligenarbeit ist ein grosser Teil der Aufgaben, die wir in Zukunft haben werden. Diese Herausforderung wollen wir annehmen. Viele pensionierte Personen verfügen über ein grosses Fachwissen, das sie gerne zur Verfügung stellen möchten. Die Frage ist oft, wo sie sich melden sollen und wie die Freiwilligenarbeit koordiniert wird. Genau dort, im Bereich Freiwilligen-Netzwerk wollen wir diese Personen abholen und dort werde ich auf das Parlament angewiesen sein, dass es die entsprechenden Mittel spricht. Das Ihnen vorliegende Konzept schliesst an den Spitexbericht aus dem Jahr 1988 an und an die Altersplanung aus dem Jahr 1998. Wenn wir zurückschauen, konnte die Gemeinde Köniz den grössten Teil der damals gemachten Empfehlungen umsetzen. Heute wurde in vielen Voten die Hoffnung geäussert, dass dieses Konzept umgesetzt werde. Ich gebe keine Versprechen ab. Für die Umsetzung braucht es alle, Parlament und Gemeinderat. Der Wille, das Konzept mit Ihnen zusammen umzusetzen, ist bei uns vorhanden. Mir ist es ein grosses Anliegen, dass es in der Gemeinde Köniz möglich sein soll, in einem würdigen Rahmen alt zu werden.

Detailberatung

Teil A, Allgemeine Ausgangslage und politische Ziele

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Mehrmals wurde erwähnt, dass in den politischen Zielsetzungen die Themen Prävention und Gesundheitsförderung nicht aufgeführt sind. Diese Anliegen sind in meinen Augen in den politischen Zielsetzungen in Punkt 3.1 aufgenommen: "Quantitativ und qualitativ angemessene und bedarfsorientierte Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten Pflege- und Betreuungsangeboten." In dieser Zielsetzung ist das Thema Prävention enthalten.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Vor der Abstimmung möchte ich eine Unklarheit beseitigt haben. Ich wäre froh, wenn Gemeinderat Ueli Studer kurz erklärt, über was wir in Ziffer 2 genau abstimmen.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Das Parlament nimmt gemäss Beschlussesentwurf in Ziffer 2 Kenntnis, dass die Umsetzung der Massnahmen im Rahmen der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung erfolgt. Das heisst, dass die Umsetzung gemäss den im IAFP vorgesehenen Massnahmen erfolgen wird. Mit der Kenntnisnahme werden in diesem Sinn noch keine konkreten Mittel gesprochen.

Das Parlament fasst folgenden

Beschluss

1. *Das Parlament nimmt Kenntnis vom Konzept "Altern in der Gemeinde Köniz" vom 10. Oktober 2007.*

Stimmenverhältnis: 33 zustimmend, 2 teilweise zustimmend, 0 ablehnend.

2. *Das Parlament nimmt Kenntnis, dass die Umsetzung der Massnahmen im Rahmen der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung erfolgt.*

Stimmenverhältnis 33 zustimmend, 1 teilweise zustimmend, 1 Enthaltung.

7. 0307 Motion GB betr. Gentechfreie Landwirtschaft in der Gemeinde Köniz

Abschreibung; Direktion Umwelt und Landschaft

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Das Thema ist aktuell, denn gerade Ende Oktober hat beispielsweise der französische Staatspräsident Sarkozy vorübergehend den Anbau von genmanipuliertem Mais in Frankreich verboten. Dies, weil er bezweifelt, dass die unbeabsichtigte Verbreitung von Gentechmais kontrolliert werden kann. Auch der Gemeinderat von Köniz ist richtigerweise der Meinung, dass die gentechnisch veränderten Produkte den Konsumentinnen und Konsumenten keinen Vorteil bringen, für die Ökologie jedoch nachteilig sein können. So wurde z. B. nachgewiesen, dass die Köcherfliegenlarven in Gewässern viel langsamer wachsen, wenn Pollen oder Pflanzenteile von genmanipuliertem Mais ins Wasser gelangen. Auch die Vorstellung, dass meine Bienen genmanipulierte Pollen in den Bienenstock eintragen und der Honig dann nicht mehr gentechfrei sein wird, ist für mich ungemütlich.

Die vorliegende Motion besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil ist weitgehend erfüllt, d. h. die Verträge mit jenen Landwirten, die auf gemeindeeigenen Grundstücken Landwirtschaft betreiben, wurden angepasst. Dieser Teil kann in unseren Augen abgeschrieben werden. Der zweite Teil jedoch, die Erarbeitung eines Konzepts, das aufzeigt, wie gemeindeweit ein gentechfreie Landwirtschaft eingeführt und betrieben werden kann, ist in unseren Augen nicht erfüllt. Eine Umfrage ergab ein grosses Interesse bei den Bauern, an einem solchen Konzept mitzuarbeiten. Wir sind froh, dass der Gemeinderat in dieser Beziehung weiter aktiv sein will. Das ist jedoch auch von der nationalen Politik abhängig, Stichwort Gentechmoratorium, das in etwa drei Jahren auslaufen wird. In unseren Augen ist es wichtig, dass die Gemeinde nach Ablauf des nationalen Gentechmoratoriums bereit ist. Wir sehen beispielsweise eine Verlängerung des Moratoriums auf gemeindeeigenem Gebiet durch freiwillige Vereinbarungen mit den Landwirten. Das nicht zuletzt zum Schutz jener Landwirte, die freiwillig auf Gentechprodukte verzichten. Wir sehen darin ein positives Image für die Gemeinde Köniz, wie z. B. das Label "Köniz gentechfrei". Es geht uns Grünen darum, dass wir nicht gerne Vorstösse abschreiben, die offensichtlich nicht erfüllt sind. Wenn wir nun diesen Vorstoss nicht abschreiben, wäre dies ein Ansporn für die Verwaltung, am Thema zu bleiben und wir erhalten in zwei Jahren einen Bericht darüber, wie weit das Konzept gediehen ist.

Aus all den genannten Gründen bitten wir Sie, den Vorstoss nicht abzuschreiben. Sollte er trotzdem abgeschrieben werden, behalten wir uns vor – je nach Situation auf nationaler Ebene – einen weiteren Vorstoss einzureichen.

Stefan Lehmann (SVP): Wie die Motion richtig begründet, dient der Verzicht auf den Anbau von genveränderten Lebensmitteln dem Schutz der Landwirtschaft und der Konsumentinnen und Konsumenten. Es besteht in der Schweiz tatsächlich kein Bedarf an GVO-Lebensmitteln (gentechnisch veränderte Organismen). Mit dem Moratorium auf Bundesebene, das bis zum Jahr 2010 gültig ist, ist die Sachlage klar. Der Import und das Verwenden von GVO-Saatgut ist verboten und dies ohne Wenn und Aber. Bei den Futtermitteln besteht eine Deklarationspflicht. Ins Gewicht fallen hier vor allem Nebenprodukte wie pflanzliche Eiweisse, die importiert werden. Hier hat der Markt jedoch längst entschieden. Es besteht auch hier absolut kein Bedarf an GVO-deklarierten Futtermitteln. Kein Futterproduzent, kein Landwirt, kein Abnehmer, kein Label und kein Grossverteiler, kann es sich leisten, GVO-veränderte Futtermittel einzusetzen. Dies war ein fachtechnischer Exkurs in die GVO-Praxis, mit der wir uns tagtäglich beschäftigen.

In seiner Antwort vom 15. Oktober 2003 stellte der Gemeinderat richtigerweise fest, dass Landwirtschaftspolitik Bundessache ist. Das macht einen kleinen Ausflug in die Landwirtschaftspolitik des Bundes notwendig. Für uns ist die Verlängerung des Moratoriums auf Bundesebene zwingend. Wenn nicht, geht ein grosser Vorteil der einheimischen Produktion verloren. Zu diesem Zeitpunkt wird uns jedoch ein GVO-freie Gemeinde Köniz nichts nützen. Sobald GVO-Saatgut eingesetzt wird, werden die Pollen oder die Bienen nicht vor der Gemeindegrenze Halt machen und damit wird zwingend eine Vermischung von GVO-freien und GVO-Lebensmitteln zustande kommen. In letzter Zeit ist es chic, von der Hochpreisinsel Schweiz, vom Cassis-de-Dijon-Prinzip oder vom EU-Landwirtschaftsfreihandelsabkommen zu sprechen. Bundesrätin Doris Leuthard hält in diesem Bereich wöchentlich Vorträge mit grossem Presseecho. Dazu erkläre ich, dass in keinem Land Europas im Verhältnis zum Einkommen weniger für Lebensmittel bezahlt wird als in der Schweiz. Weniger als 8 Prozent werden in der Schweiz für Lebensmittel ausgegeben und das trotz relativ ökologischer und nachhaltiger Produktion. Ob das alles mit den vorhandenen Abkommen bestehen bleiben kann, steht in den Sternen und wird sicher Einfluss auf die gesamte GVO-Problematik haben. Der Gemeinderat hat nach unserer Ansicht das in der Gemeinde Mögliche vorgenommen. Weitergehende Vereinbarungen würden automatisch zu Papiertigern. Die Mitglieder der SVP-Fraktion werden der Abschreibung zustimmen.

Hugo Staub (SP): Die Schlüsselfrage lautet: Wer will gentechnisch veränderte Lebensmittel? Die Konsumentinnen und Konsumenten wollen diese sicher nicht. Europaweit besteht eine Ablehnung von ca. 70 Prozent. Es freut mich ausgesprochen, dass auch die einheimischen Produzenten dies zu einem grossen Teil nicht wollen. Die Ergebnisse der Umfrage, die der Gemeinderat vorgenommen hat, haben uns gefreut. Nur 7 von 91 Landwirten, die die Umfrage beantwortet haben, können der Idee gentechfreie Landwirtschaft nichts abgewinnen. Bei der Frage, wer gentechnisch veränderte Lebensmittel wünscht, bleibt uns nur noch die Antwort,

dass die Industrie, die die Technologie beherrscht, die Verarbeitung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln wünschen könnte, denn sie will ihre seit Jahren getätigten Investitionen in Forschung und Entwicklung amortisieren können. Wir sind allerdings der Ansicht, diese Investitionen seien das Risiko der Wirtschaft und es bestehe kein Anrecht auf deren Amortisation. Hier müssen wir uns kein allzu grosses schlechtes Gewissen machen, sondern dürfen uns danach richten, was Konsumentinnen und Konsumenten und die hiesigen Lebensmittelproduzenten für richtig befinden. Ich hoffe, dass die Politik dem auch folgen wird. Wir sind der Ansicht, dass die Antwort des Gemeinderates befriedigend ist, soweit dies Punkt 1 des Postulats betrifft. Es geht aber auch um das Setzen eines Zeichens und deshalb unterstützen wir den Antrag der Grünen, den Vorstoss noch nicht abzuschreiben. Wir sind sehr daran interessiert, wie es weitergehen soll. Wenn so viele Landwirte in der Gemeinde Köniz der Meinung sind, an diesem Thema müsse weiter gearbeitet werden, möchten wir im Parlament die Ergebnisse der Überlegungen erfahren. Dies damit klar wird, dass das Thema auch auf lokaler politischer Ebene und nicht nur auf Bundesebene bewegt.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Wie zu lesen ist, ist der Gemeinderat auf jeden Fall gewillt, gentechfreie Landwirtschaft im Gemeindegebiet zu fördern. Daran besteht kein Zweifel. Vor Ihnen liegt nun die Berichterstattung zum Postulat. Wir haben die Anliegen geprüft und sind zum Schluss gekommen, dass wir – wie von Stefan Lehmann erwähnt – im ersten Punkt zwar kompetent sind, etwas vorzunehmen, im zweiten Punkt jedoch nicht. Deshalb können wir im zweiten Punkt nur auf die Berichterstattung zum Postulat hinweisen.

Zum ersten Punkt: Die entsprechenden Pachtverträge konnten so erneuert werden, dass jene Landwirte, die einen Pachtvertrag mit der Gemeinde Köniz haben, gentechfreie Landwirtschaft betreiben müssen. Im zweiten Punkt können wir nicht einfach so ein Konzept erarbeiten, das muss auf freiwilliger Basis passieren. Jene Landwirte, die bei einem Projekt mitarbeiten wollen, können dies tun und sind dazu eingeladen. Wir können sie jedoch nicht dazu zwingen. Wir sind nicht kompetent, in unserer Gemeinde die gentechfreie Landwirtschaft einzuführen. Wir verfolgen das Anliegen weiter und werden mit den interessierten Landwirten daran arbeiten. Das Anliegen des Postulats ist jedoch erfüllt und deshalb beantragen wir dessen Abschreibung.

Mit 19 : 16 Stimmen (0 Enthaltungen) fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die als Postulat erheblich erklärte Motion 0307 GB betr. gentechfreie Landwirtschaft in der Gemeinde Köniz, wird als erfüllt abgeschrieben.

8. Verschiedenes

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Die vom Gemeinderat beantragte Verlängerung der Frist bis zum 18. Februar 2008 für die Beantwortung der interfraktionellen Motion (Grüne, jfk) 0716 betr. Reduktion des Energiebedarfs der Gemeinde um 20 % bis 2022, wurde vom Parlamentsbüro gewährt.

Folgende Vorstösse sind eingereicht worden:

0725 Überparteiliche Motion (FDP, jfk, SVP, CVP, EVP) betr. Für ein modernes Personalrecht – Gesamtrevision

0726 Dringliche Motion (Grüne Köniz) betr. Transparente Darstellung von Argumenten der Parlamentsmehrheit und der Parlamentsminderheit in Abstimmungsbotschaften. Die Dringlichkeit wurde vom Parlamentsbüro nicht gewährt.

0728 Interpellation (SP) betr. Pilotprojekt Sozialinspektoren

0729 Motion (SP) betr. Energiepionierin Köniz: eine Bauzone für ökologische Bauten!

Folgender Vorstoss wurde zurückgezogen:

0719 Motion FDP betr. Budgetvariante mit reduzierter Steueranlage.

Gemeindepräsident Luc Mentha: Einige Bemerkungen zum "Prix Eugen", den die Gemeinde Köniz erhalten hat: Wir sind sehr stolz darauf. Von Januar bis Mai 2007 wurde das Redesign der Homepage durchgeführt. Aufgrund der knappen Finanzlage beim Start und der grundsätzlich schmalen zur Verfügung stehenden Mittel wollte man mit dem Redesign drei Ziele

erreichen: Aktuelle Inhalte der Homepage, eine benutzerfreundliche Navigation und ein interessanter Service. Nun sind wir damit Schweizer Meister geworden! Der Preis gebührt vor allem dem Projektleiter, unserem Kommunikationsverantwortlichen Godi Huber, der unsere Homepage neu einrichtete. Unsere Homepage wird von 30'000 bis 40'000 BesucherInnen pro Monat angeklickt, d. h. über 1'000 pro Tag. Die mittlere Anwendersitzung dauert 10 Minuten und Dokumente werden heruntergeladen, beispielsweise der Jury-Bericht des Wettbewerbs Bächtelen 1'000 Mal. Diese Zahlen sind für Köniz sehr gut. Wir verfügen mit der Homepage über eine gute Informations- und Kommunikationsplattform, die zu pflegen ist, damit die Daten immer aktuell gehalten bleiben. Wir denken, dass die Homepage zunehmend an Bedeutung gewinnen wird, insbesondere bei der Standortförderung.

Parlamentspräsident Ignaz Caminada: Mit mehr als 250 anderen Besuchern habe ich am Vortrag von Arnold Hottinger im Lichthof des Gemeindehauses Bläuacker teilgenommen. Da habe ich mir die Frage gestellt, wie es wäre, wenn die Parlamentssitzungen an diesem Ort stattfinden könnten. Ich selber kann ein allfälliges solches Projekt nicht mehr lancieren, das können vielleicht meine Nachfolger im Präsidium zusammen mit der Gemeinde angehen.

Die nächste Sitzung wird reich befrachtet sein. Die Abstimmungsbotschaften für die Initiative "5 statt 7" und die Kronprinzeninitiative sowie zum Planungsbeschluss IAFP und zur Nutzungsplanänderung auf dem Areal Gurtenbrauerei, der Bilanzbericht der KSF und einige Vorstösse sind zu beraten. Ich wünsche allen einen angenehmen Herbst.

Schluss der Sitzung um 22.55 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Der Präsident

Der Sekretär

Ignaz Caminada

Markus Heinzer